gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 114 Mai/Juni/Juli 2023

Cannabis statt Karstadt

INHALT

Von Karstadt zu Care-Stadt? Kaum denkbar
Karstadt macht dicht 3
Osteraktion – Friedensgespräche in Unterlüß 4
Lasst uns den Krieg verraten 5
Windkraft – Potenzialflächen halbiert 6
Bürger:innen-Energiegenossenschaften 7
Nahverkehrsplanung – kein großer Wurf 9
Mobilitätsanalyse bei Kreisverwaltung 11
Tarifkampf im Öffentlichen Dienst 13
Klimapreis zum Zweiten 14
Breite Straße – Rodung gestoppt 15
Meldungen – fast backward 16
Laternengespräche: Kiff in Celle, an der Quelle 18
Rheinmetall – Neues für Börsianer:innen 20
Papperger: „Wir sind keine Kriegsgewinnler“ 21
Ehrhorn, MdB - Neue Weltordnung ohne Auto 23
Bühne zwischen Sein und Schein 25
Übersetzer:innen-Tagung: Fährleute im Sprachfluss 26
Starke Frauen – Virginie Despentes & Pia Klemp 28
Nancy Fraser – Cannibal Capitalism 29
Bewegungsgeschichte: Kampf um gleiche Rechte 31
Veranstaltungen & Aktivismus 32
Kino 8 ½ und Termine 35

Liebe Lesende,

wir haben versucht, eine neue Mitarbeiterin einzuarbeiten. Ihr Name ChatGPT. Die Probezeit läuft; aber gerade zu lokalen Themen sind ihre Artikel unterirdisch, voll von falschen „Fakten“. Und Aktualität? Nicht gerade ihre Stärke. Das einzig halbwegs taugliche Ergebnis erhielten wir bei der Frage: *„Welche besonderen Probleme verursachen literarische Übersetzungen?“* Die Antwort findet ihr auf Seite 27.

Die große reißerische oder super-investigative Story werdet ihr in diesem Heft nicht finden. Viel business as usual. Wir versuchen, euch mit lokalen Hintergründen und Nachdenklichkeiten zu versorgen, die ihr woanders in der Celler Medienlandschaft zumeist nicht findet.

Und wir haben auch nichts Tröstliches, außer Hölderlin: *„Wo aber Gefahr ist, wächst / Das Rettende auch.“* Oder Ton-Steine-Scherben: *„Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten.“*

Eine Anfang April 2023 durchgeführten Umfrage zu den wichtigsten politischen Problemen in Deutschland ergab: 26 % nannten den Umweltschutz/Klimawandel als wichtigstes oder zweitwichtigstes Problem, das vordringlich gelöst werden muss. An zweiter Stelle folgt der Krieg in der Ukraine. Für 19 % war es „Zuwanderung/Flucht“. Das finden auch wir, nur vielleicht ganz anders als die Mehrheit der Befragten.

Eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 3166, 29221 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: http://www.revista-online.info/
erscheint im Februar, Mai, August und November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock

Karstadt/Galeria in Celles Altstadt mach nach fast 100 Jahren dicht

Von Karstadt zu Care-Stadt? Kaum denkbar

Sechs Jahre fehlen jetzt bis zum 100-jährigen Bestehen des Karstadt-Kaufhauses in Celle. Doch die Trauerbekundungen halten sich in Grenzen. Das „Warenhaus“ hat seine Faszination (und vielleicht auch seinen Gebrauchswert) eingebüßt. Nostalgische Erinnerungen haben vielleicht Menschen, die den allergrößten Teil ihres Lebens ebenfalls im letzten Jahrhundert verbracht haben.

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine "ungeheure Warensammlung", die einzelne Ware als seine Elementarform.“ So lautet der erste Satz von Karl Marx im ersten Band von „Das Kapital“. Nirgendwo war dies erlebbarer als im Kaufhaus.

Seit längerem sind zwar die Alt- bzw. Innenstädte als Ganze zu Tempeln des Konsums geworden. Die „ungeheure Warensammlung“ aber hat sich ins Internet verlagert mit Amazon als digitalem Altar – und Logistikzentren in irgendwelchen Gewerbegebieten.

Oberbürgermeister Nigge gab sich interviewt von „Capital“ dann auch gelassen: *„Ich würde infrage stellen, ob Galeria Karstadt wirklich so ein großer Magnet war. Aus irgendwelchen Gründen scheinen sie betriebswirtschaftlich nicht klargekommen zu sein – und das liegt unter anderem natürlich an fehlendem Publikum. Wir sind hier seit sechs Jahren dabei, inhabergeführte Geschäfte im Mix mit großen Ketten anzusiedeln. Damit konnten wir den Leerstand um die Hälfte reduzieren. Das klappt also gut, weshalb ich das Aus auch nicht als großen Schlag für die gesamte Fußgängerzone sehe.“*

(Dass es gelungen sei, den Leerstand um die Hälfte zu reduzieren, erinnert inzwischen an den Sound von DDR-Leistungsbilanzen – wer’s glaubt …)

Im Unterschied zu den Schließungen an anderen Standorten liegt der Immobilienbesitz in Celle nicht bei der Signa-Gruppe von René Benko, sondern bei der „Deutschen Mittelstand Real Estate AG“ aus dem hessischen Langen. Die Aktiengesellschaft hält Gewerbeimmobilien in mittelgroßen Städten. Gegenüber „Capital“ äußerte sich Nigge so: *„Wir stehen mit dem Eigentümer schon länger in Kontakt – auch wegen anderer Immobilien. Von daher bin ich zuversichtlich, dass wir einen Kompromiss finden werden. Der Eigentümer scheint jedenfalls ein vitales Interesse an einer Nachvermietung zu haben.“* Er könne sich aber auch vorstellen, das Gebäude als Stadt zu übernehmen.

Doch was soll dann werden aus diesem nach dem Schloss zweitgrößten „Klotz“ in der Altstadt?

Auch eine Zeit zum Träumen? Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltete mit Feministinnen aus Argentinien, Chile und Spanien im Januar in Berlin eine Diskussion unter dem Titel: “Shoppingmalls zu Sorgezentren! Einstiegsprojekte in feministisches Vergesellschaften“. Die Frage dabei: Wie können geschlossene Shoppingmalls in den Innenstadt für die Bedürfnisse der Menschen zurückgewonnen und eine gemeinwohlorientierte Transformation anstoßen? Von Karstadt zu Care-Stadt also? In Celle kaum denkbar, obwohl: „Unzureichende“ Räume haben z.B. die vhs oder die Stadtbibliothek. Eine Uni wird Celle wohl nicht mehr bekommen, aber warum nicht eine „Mensa für alle“. Vorstellbar wäre auch, bestimmte Dienstleistungen von Kreis- und Stadtverwaltung im Zentrum zu platzieren.

Dass die Stadtzentren zukünftig mehr sein müssen als Warenumschlagplätze ist allen klar, die sich mit der Misere der Innenstädte befassen: „Shopping“ ist in diesen Diskussionen nur eine unter vielen Optionen. Gastro und Entertainment, Bildung und Gesundheit – das alles gehört zu gängigen „Belebungs“-Konzepten.

Nur wo soll das Geld dafür herkommen? Die erste Insolvenz hat den deutschen Staat 680 Millionen Euro gekostet.

Denkbar bleibt, dass sich die Leerstandsfläche in Celles Altstadt über Jahre gewaltig vergrößert – und am Ende eine Baugrube droht.

Die Teilnehmenden suchten nach Wegen aus der Gewaltspirale

Osteraktion – Friedensgespräche in Unterlüß

Die „Friedensaktion Südheide“ hatte im Rahmen der bundesweiten Ostermarschkundgebungen zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Gewaltfreiheit wirkt!“ in den Bürgerpark von Unterlüß eingeladen. Ca. 80 Menschen kamen und setzten so ein Zeichen gegen Aufrüstung und Krieg am Standort der Firma Rheinmetall, eines der größten Rüstungsunternehmen Deutschlands.

Im Zentrum der Veranstaltung standen Erzählungen über Beispiele von erfolgreichem gewaltfreiem Widerstand in verschiedenen Ländern, die als Alternative zu Waffengewalt geschildert wurden. Die Teilnehmenden erfuhren von ukrainischen Dörfern, in denen sich die Bevölkerung gewaltfrei russischen Panzern entgegenstellte, und von Gruppen, die sich mit Mitteln der Sozialen Verteidigung gegen die Besatzung wehren. Aus Brasilien kam der Bericht der Pastorin Cristina Scherer über ein Projekt, in dem junge Menschen Alternativen zur Gewalt trainieren. Der gewaltfreie Kampf indigener Gruppen in Kolumbien gegen Umweltzerstörung und Ausbeutung durch internationale Konzerne wurde von pax christi dargestellt.

Auch Beispiele aus Deutschland kamen durch Jochen Neumann von der KURVE Wustrow zur Sprache.

Nach diesem Storytelling konnten die Teilnehmenden an vier Thementischen miteinander diskutieren: Über die Chancen und Grenzen gewaltfreien Widerstands, über die Notwendigkeit von Verhandlungslösungen, über die Möglichkeiten zur Rüstungskonversion und über Schritte zu mehr Frieden von Einzelnen, Gewerkschaften, Gemeinden und Kommunen.

Auch die informellen Gespräche bei Kaffee & Kuchen trugen zur guten Atmosphäre und Netzwerkbildung bei.

Am Thementisch „Kirchliche Friedensarbeit“ diskutierten u.a. Malcolm Chamberlain aus Faßberg-Müden über die Ansätze und Möglichkeiten in den Kirchen, von der Friedensdekade bis zu den wöchentlichen Gebets-

und Friedensangeboten in vielen Kirchengemeinden. Besonders hervorgehoben wurde auch die konsequente pazifistische Position von Margot Käßmann, ehemalige EKD-Vorsitzende.

Der Thementisch „kommunale Friedensarbeit“ besetzt u.a. mit Angelika Cremer (Faßberg), Claudia Dettmar-Müller (Bergen) und Reinhard Rohde (Celle) sprach über die Gedenk- und Friedenstage in der Region, die *„kleine Schritte für den Kampf für den Frieden“* seien. Aber, es sei noch *„viel Luft nach oben“* und in den Kommunen außerhalb von Bergen gebe es erst sehr wenige und zaghafte Ansätze.

Nach dem Ende der Friedensgespräche spazierten etwa 30 Personen zum Verwaltungsgebäude von Rheinmetall. Sie machten dadurch deutlich, dass sie nicht damit einverstanden sind, dass *„Krieg auch hier beginnt“*. (HDSp)

Wehrhaft ohne Waffen

„Wehrhaft ohne Waffen – Soziale Verteidigung voranbringen“ lautet das Motto einer neuen Kampagne der „Kurve Wustrow“: *„Krieg und Frieden gehen uns alle an. Wir wollen daher eine Plattform bieten, auf der alle ihre Ideen, Impulse und Energien einbringen können. Wir bemühen uns, Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft anzusprechen und zum Mitmachen zu gewinnen. […] Wehrhaft ohne Waffen zu sein bedeutet für uns, dass unser Umfeld sozial verteidigt werden soll. Soziale Verteidigung soll es den Menschen ermöglichen, sich mit allen Mitteln des gewaltfreien Widerstands gegen Gewalt von innen und außen zur Wehr zu setzen.“*

Mehr Infos unter: https://wehrhaftohnewaffen.de/

Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine

Wie kann der Schrecken des Ukraine-Krieges analysiert werden, ohne in falsche Vereinfachungen zu verfallen? Und wie könnten die Konturen einer emanzipatorischen Politik in Zeiten eines weltweiten Kriegsregimes aussehen? Raúl Sánchez Cedillo wagt einen kritischen Vorstoß jenseits gängiger Vereinfachungen.

Sein Buch mit dem Titel „Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine“ soll Anstoß geben für die längst überfällige Debatte, wie eine zeitgemäße Anti-Kriegs-Position aussehen kann. Der Autor plädiert dafür, dass "Frieden" in einer von zahllosen Krisen verwüsteten Welt nicht ohne eine soziale und ökologische Umkehr denkbar ist. Anstelle einer Parteinahme für eine Kriegspartei stellt Cedillo die Versuche, eine andere Gesellschaft und neue Institutionen zu schaffen, in den Mittelpunkt seiner politischen Perspektive. Gegen die allgegenwärtige Militarisierung streitet Sánchez Cedillo für ein sozialökologisch Gemeinsames, für eine demokratische Macht von unten und einen konstituierenden Frieden.

Für die teils verquere Diskussion in der Linken in Deutschland bietet der Philosoph eine wichtige Perspektive, nämlich jenseits der Konfrontation der Militärblöcke (bzw. Nationalstaaten) Positionierungen und Solidarität von den Interessen der subalternen Klassen zu entwickeln.

Das Buch gibt es zum kostenlosen Download als epub oder pdf hier: https://www.medico.de/dieser-krieg-endet-nicht-in-der-ukraine-18943

Der Krieg, die Linke und wir

Die Antikriegspraxis der deutschen Linken lässt derzeit zu wünschen übrig, so die Autor*innen eines Artikels auf dem Blog der Interventionistischen Linke. Was es braucht, sei die Analyse von Ursachen des Krieges sowie

Versäumnissen der Linken und die Entwicklung neuer Strategien, die es schaffen, kommende Kriege zu verhindern. Waffenlieferung und Aufrüstung seien davon klar kein Teil.

https://blog.interventionistische-linke.org/antikriegsbewegung/der-krieg-die-linke-und-wir

Lasst uns den Krieg verraten

Aus dem Zusammenhang „Rheinmetall entwaffnen“ gibt es eine Flugschrift, zur Desertation: *„Die Massendesertationen und Kriegsdienstverweigerungen in den Kriegen dieser Welt machen uns Mut und Hoffnung. Das mit dieser Verweigerung verbundene „Nein“ zu Gehorsamkeit und „Nein“ zu autoritärer Fügung birgt ein weit größeres widerständiges Potential in sich, das nicht nur Putin in Russland fürchtet, sondern auch die westlichen Regierungen erzittern lässt. Denn wer desertiert, wer sich dem Krieg und seiner Grausamkeit entzieht, wer dabei aus politischen oder persönlichen Gründen nicht mitmacht, sagt - ob bewusst oder unbewusst - auch den damit verbundenen Herrschaftsverhältnissen und vermeintlichen Tugenden den Kampf an! Wer desertiert, verrät den Krieg und die mit ihm verbundenen Machtstrukturen!“* Zwölf lesenswerte Seiten

Zum Download hier: https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/files/2023/02/RME_Desertieren.pdf

Bundeswehr blockiert den gesamten südlichen Landkreis

Windkraft – Potenzialflächen halbiert

Die „Belange“ der Bundeswehr durch den Fliegerhorst Celle-Wietzenbruch verhindern praktisch in der gesamten südliche Hälfte des Landkreises Celle den Bau „moderner“, d.h. hoher Windkraftanlagen. Tiefflugschneisen, Funknavigations- und Radaranlagen etc. sind zum Ausschlusskriterium für die Ausweisung von Potenzialflächen geworden. Gerade im südwestlichen Landkreis hatte die Kreisverwaltung bisher die besten Ausbaumöglichkeiten gesehen (siehe revista #111).

Anfang Februar war vom Umweltministerium die „Windpotenzialstudie Niedersachsen“ vorgestellt worden, erarbeitet durch das Fraunhofer-Institut sowie die Bosch & Partner GmbH. Die Studie rechnet die durch das Windflächenbedarfsgesetz des Bundes vorgeschriebene Ziel für Niedersachsen von 2,2 % der Landesfläche auf die einzelnen Planungsregionen um. Für den Landkreis Celle ergibt sich aus der Studie ein auszuweisender Flächenanteil von 1,3 % der Gebietsfläche = 2.008 ha.

Auf eine Anfrage der Abgeordneten Jörn Schepelmann und Alexander Wille (CDU) hin hat das Umweltministerium im März (Drucksache 19/1006) die Ausschlussflächen aufgelistet und eine Karte beigefügt, die die Möglichkeiten aus der Windpotenzialstudie zeigt.

Wieso stören die „Belange“ der Bundeswehr? Der Gesetzgeber will bei den auszuweisenden Potenzialflächen eine Mindesthöhe von 210 Metern, die Bundeswehr beansprucht aber eine Radarflugmindesthöhe bis 233 Meter für sich. Wie die Karte zeigt, fällt der Süden fast komplett weg.

Im Norden ist dann z.B. eine größere Fläche zwischen Offen und Bergen als Potenzial eingestuft; im Konkreten kann es da aber durchaus Konflikte mit dem Truppenübungsplatz geben.

Für die Kreisverwaltung wird es deshalb nicht einfach, die 1,3 % zu erreichen. Denn: Sie will weiter festhalten an 1000 m Abstand im Innen- und 600 m im Außenbereich (die Landesgesetzgebung würde 800/400 erlauben). Vorgesehen ist zudem weiter eine "Clusterung", d.h. mindestens drei Windkraftanlagen an einer Stelle. Landschaftsschutzgebiete sollen freigehalten werden, ebenso Laubwälder.

Trotzdem geht was ...

Wie auch bisher schon können einzelne Gemeinden über Flächennutzungspläne vorgehen. Das grundsätzliche Höhenproblem hat sich damit aber nicht erledigt, weil: Die Bundeswehr erteilt keine luftraumrechtlichen Genehmigungen für hohe Anlagen. Im Bereich 175 - 185 m ist aber auch im Südkreis vieles möglich, aber eben nicht im Rahmen der Regionalen Raumordnungsplanung.

Die Samtgemeinde Wathlingen beplant gerade Flächen bei Wathlingen und südlich von Nienhagen und erwartet bis zum zweiten Halbjahr Klarheit durch die Bundeswehr. Konkrete Überlegungen gibt es aktuell für eine Erweiterung des Windparks Schmarloh nördlich von Hohne, wo das Unternehmen RWE sieben neue Anlagen mit einer Nabenhöhe von 180 m bauen will. Und auch im Bereich Ahnsbeck gibt es konkretere Planungen.

Kleines Fundstück zur ideologiefreien Technologieoffenheit der CDU

Die Weitsicht „unserer“ Politiker wird gemeinhin unterschätzt. Hier ein schönes Beispiel aus dem Jahr 1979. Damals befasste sich die Westerceller CDU mit Energiefragen und wusste *„Ohne Kernenergie keine vernünftige Versorgung“*. Der referierende Celler Bundestagsabgeordnete Dr. Hans Hubrig hatte in seinem „ausgezeichnete[n] Vortrag“ (so die CZ) überzeugende Argumente: *„Selbst die Ausnutzung der regenerativen Energiequellen verursachen klimatische Veränderungen. Bei der Inbetriebnahme von Windmühlen trocknet das umliegende Erdreich durch Sog aus, Wasser ist bereits völlig als Energiespender in unserem Land ausgenutzt und die Sonnenscheindauer zur Gewinnung von Solarenergie hat in unseren Breitengraden nicht die notwendige Intensität. Zudem können die regenerativen Energiequellen lediglich 2,5 Prozent unseres Energiebedarfs auffangen und benötigen zur Energiegewinnung Strom.“* (CZ, 05.06.1979)

Bürger:innen-Energiegenossenschaften

Wenn die Energiewende stockt, dann liegt es oft daran, dass für größere Projekte Investoren oder Träger fehlen. Diese Lücke können Bürger-Energie-Genossenschaften (BEG) füllen, denn sie beteiligen möglichst viele Bewohner:innen einer lokalen oder regionalen politischen Einheit an der Energieerzeugung und/oder -versorgung. Sie stellen dazu Kapital bereit, durch Einlagen der Genossen:innen, Abruf von Förderzuschüssen und Aufnahme von Krediten und engagieren sich so für die Umsetzung der Energiewende vor Ort. Die Genossenschaft ist eine demokratische Rechtsform, in der jedes Mitglied gleichberechtigt eine Stimme hat, und zugleich eine bewährte Unternehmensform.

Energiegenossenschaften können in den vier Bereichen tätig sein:

- Erzeugung von Energie (Photovoltaik, Windkraft)
- Vertrieb alternativer Energie (Strom, Wärme, Gas)
- Übernahme und Betreiben von Netzen
- Dienstleistungen für einen effizienteren Umgang mit Energie (Beratung, Energiesparcontracting).

BEG können sich aber auch z. B. an Stadtwerken beteiligen und auf diese Weise deren Investitionen in Erneuerbare Energien unterstützen.

Was sind die Vorteile und Hemmnisse?

Die Mindesteinlage pro Mitglied ist gering (gesetzlich min. 50 Euro, bei der BEG Aller-Fuhse-Aue z.B. 500 Euro. S. u.), so dass sich praktisch jede:r beteiligen kann. Anderseits gibt es keine Begrenzung bzgl. des Erwerbs von Geschäftsanteilen, so dass eine größere BEG-Beteiligung zur Alternative zu schlecht verzinsten Bankeinlagen sein kann.

Ein großer Vorteil ist auch das geringe Risiko der Mitglieder: Es gibt keine weiteren Pflichteinzahlungen, keine Nachschusspflicht und für Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet nur das Genossenschaftsvermögen. Allerdings birgt die demokratische Struktur – jedes Mitglied hat dasselbe Stimmrecht unabhängig vom Umfang seiner Anteile – auch Gefahren. Da die wirtschaftlichen Interessen einer BEG meist nicht so einheitlich sind wie in anderen Unternehmensformen, kann ein Streit unter den Mitgliedern eine Genossenschaft relativ leicht blockieren.

Auch der Aufwand für Organisation und Geschäftsführung wird oft unterschätzt. Während z.B. für ein PV-Solarfeld oder eine WEA die Buchhaltung und Steuer von der bereits bestehenden Verwaltung eines Stadtwerks ohne allzu großen Mehraufwand miterledigt werden kann, fallen bei einer BEG dafür leicht mal 5 % des Umsatzes an. Auch eine rein ehrenamtliche Geschäftsführung einer BEG ist langfristig meist unrealistisch, schließlich braucht es dazu Fachleute mit sowohl technischer als auch betriebswirtschaftlicher Erfahrung.

Kein Gewinnabfluss in die Taschen der Aktionär:innen von Großkonzernen

Für die Genoss:innen einer BEG i.d.R. wird der lokale bzw. regionale Ausbau der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien vorrangig sein, so dass die Gewinne einer BEG vor Ort reinvestiert werden. So werden zumindest in den Anfangsjahren einer BEG keine oder nur geringe Ausschüttungen an die Mitglieder erfolgen. Und wenn diese Ausschüttungen erfolgen, so bleibt doch die Wertschöpfung weitgehend lokal bzw. regional gebunden. Bei Investitionen von Großkonzernen oder deren Töchter wird dagegen die Rendite für ihre Aktionäre im Vordergrund stehen, und statt lokaler Reinvestition werden die Gewinne aus lokaler und regionaler Tätigkeit nur allzu oft im Ausland investiert, wie das z.B. EON und RWE mit ihren Milliardeninvestitionen in den USA bereits seit Jahren praktizieren.

Seit zehn Jahren in Ahnsbeck

Was viele nicht wissen: Bereits seit zehn Jahren beheizt die Energiegenossenschaft Ahnsbeck (EGA) über ein Wärmenetz mit ursprünglich 146 Haushalte, das inzwischen auf 370 und demnächst 400 Haushalte angewachsen ist. (Informationen über die Planung und die nötigen Realisierungsschritte der EGA findet man hier https://www.ahnsbeck.de/ega_presentation.html).

Auch wenn nach heutigem Stand der Technik die Energieeffizienz des Ahnsbecker Netzes etwas besser sein könnte, kann das Wärmenetz von Ahnsbeck sogar bundesweit als Vorbild dienen. Denn es existiert immer noch das Vorurteil, Wärmenetze seien nur in dicht bebauten Wohngebieten mit Geschossbau sinnvoll; Ahnsbeck beweist das Gegenteil. Die EGA verwirklichte die

Wärmeversorgung nach damaligem Stand der Technik als heißes Wärmenetz, das über ein Holzhackschnitzel-Heizwerk und die Abwärme von Biogasanlagen gespeist wird. Die relativ hohe Netztemperatur hatte den Vorteil, dass über einen einfachen Wärmetauscher praktisch jeder Haushalt ohne Austausch seiner Heizkörper angeschlossen werden konnte und eine energetische Sanierung des Hauses keine Vorbedingung war. Aufgrund der geringen Anschlusskosten und in der Hoffnung auf günstigere Heizkosten legten deshalb viele Ahnsbecker:innen ihre Heizungen still und schlossen sich an das Wärmenetz an.

Zwischenzeitlich kamen zwar immer wieder Zweifel auf, wenn die Erdgas- oder Heizölpreise gerade mal tiefer lagen als der EGA-Wärmepreis, aber heute freuen sich alle Genoss:innen über ihre zukunftssichere Entscheidung. Und selbst wenn langfristig das Holz zu knapp und teuer wird und auch Biogas aus Energiepflanzenanbau aus wirtschaftlichen und klimatischen Gründen langfristig ausfallen wird, bleibt das Wärmenetz in Ahnsbeck zukunftssicher. Mittel- und langfristig lässt es sich ja auf Geothermie als Wärmequelle umstellen. (Über die Möglichkeiten moderner Wärmenetze informiert z. B. https://info-de.scientists4future.org/waermenetze/).

Bürgerenergie Aller-Fuhse-Aue eG – der neue Stern am LK-Himmel

In Nienhagen wurde nach zwei Jahren Planung und Vorbereitung die „Bürgerenergie Aller-Fuhse-Aue“ begründet und ist seit 29.12.2022 eingetragen und voll aktiv. Bereits jetzt sind über 100 Mitglieder beigetreten und ein Team aus 14 Technik- und Management-Expert:innen macht sich an die Arbeit, die ersten Betätigungsfelder zu erschließen.

Im Bereich Strom sind das: Betrieb von PV-Anlagen auf öffentlichen und privaten Gebäuden; Gemeinsame Bestellung von PV Anlagen; Angebot von Balkonkraftwerken; Projektierung und Betrieb von Freiflächen und Agri PV Anlagen; Beteiligung an Windenergieanlagen in der Region; Energy Sharing, lokaler Direktvertrieb von Strom.

Im Bereich Wärme sind das: Betrieb von ‚kalten Nahwärmenetzen‘ zur Bereitstellung von Erdwärme; Gemeinsame Beschaffung von Wärmepumpen; Nutzung von Abwärme.

Im Bereich Mobilität sind das: Carsharing in Kooperation mit Greenhagen e.V.; Ausweitung des Carsharing Angebotes in der Region; Beschaffung und Betrieb von Ladesäulen; Betrieb einer App zur Vermittlung von Fahrgemeinschaften und Mitfahrgelegenheiten.

Im Bereich Beratung sind das: Durchführung von Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger in der Region; Unterstützung bei der Bewertung von Angeboten; Vermittlung von Energieberater:innen und Handwerksbetrieben; Durchführung von Energiemessen.

Im Bereich Sektorenkopplung sind das: Erzeugung von grünem Wasserstoff aus Überschussstrom eigener PV und Windkraftanlagen; Optimierter Betrieb von Wärmepumpen mit selbst erzeugtem Strom; Nutzung von E-Fahrzeugen zur Speicherung von elektrischer Energie.

Wer sich beteiligen will oder Anregungen für eine BEG in der eigenen Kommune sucht, sollte mal unbedingt hier reinschauen: https://www.be-alfa.de/.

PV in Niedersachsen Celle eher hinten dran

Die Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern in Niedersachsen wissen die Kraft der Sonne zu schätzen. Mehr als die Hälfte der im Jahr 2022 neu installierten Leistung an Photovoltaik gehen auf ihr Konto. Die großen Dächer von Gewerbe- und Industriegebäuden, die für große Anlagen prädestiniert sind, bleiben hingegen vielfach noch ungenutzt - das ergab eine aktuelle Auswertung der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen. Insgesamt wurden 2022 etwa 593 Megawatt an Leistung im Bundesland installiert. Das ist das beste Ergebnis in den letzten 10 Jahren und führt in der Summe zu knapp 5.600 Megawatt installierter Leistung in Niedersachsen.

In Niedersachsen gibt es bislang rund 250.000 Anlagen, die Solarstrom erzeugen. Davon sind allein 46.000 im zurückliegenden Jahr gebaut worden, darunter auch viele Stecker-Solaranlagen. Sie ermöglichen es Mieterinnen und Mietern, an ihrem Balkon die Sonne für die Stromerzeugung zu nutzen.

Besonders erfreulich und richtungsweisend ist, dass auf einigen Industrie- und Gewerbehallen die gesamte Dachfläche mit Modulen bestückt wurde und dadurch überdurchschnittlich große PV-Anlagen zustande kamen: 24 Mal wurden Dachanlagen mit mehr als 750 kWp installiert, 2021 war dies nur in einem Fall realisiert worden. PV-Freiflächenanlagen konnten nur in geringem Umfang zulegen. Während 2021 neu installierte Anlagen mit 51 MW entstanden, waren es 2022 rund 58 MW.

Die regionale Verteilung beim Zubau von PV-Anlagen ist ähnlich wie in den Vorjahren: Die Landkreise im westlichen Niedersachsen zwischen dem Landkreis Diepholz und der Grafschaft Bentheim sind vorne mit dabei. Auch die Landkreise Göttingen und Northeim konnten deutliche Zuwächse für sich verbuchen. Den stärksten Zubau lieferte 2022 die Region Hannover.

Der PV-Zubau im Landkreis Celle betrug letztes Jahr rd. 13 MW (2021: 5,5 MW) - darunter: Stadt Celle (5,5 MW), Samtgemeinde Lachendorf (2,1 MW), Hambühren (1,4 MW), Samtgemeinde Wathlingen: (0,9 MW), Südheide: (0,7 MW), Samtgemeinde Flotwedel (0,6 MW).

Bis zum Juni soll es eine erweiterte Nahverkehrsplanung geben

Der große Wurf aber steht weiter aus

Zum 1. April 2025 muss der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Celle neu vergeben werden. Der dafür erforderliche Nahverkehrsplan soll am 28. Juni vom Kreistag verabschiedet werden, damit im Spätherbst die Ausschreibung in Gang gesetzt werden kann. Ein äußerst unglückliches Zeitfenster, weil die Auswirkungen des Deutschlandticket auf den ÖPNV in ländlichen Regionen derzeit kaum abschätzbar sind.

Was steht bisher fest? Die Ausschreibung soll in vier sogenannten Linienbündel erfolgen. Und zwar für die Stadt Celle sowie zusätzlich für „West“ (umfasst die Gemeinden Hambühren, Winsen und Wietze - und hat über Wolthausen bzw. Walle zwei Linien nach Bergen), „Nord“ (Stadt Bergen und die Gemeinden Südheide und Faßberg) und „Südost“ (Gemeinde Eschede sowie die Samtgemeinden Flotwedel und Wathlingen).

Der Gedanke dahinter: Bei einer derartigen Aufteilung ist es auch kleineren Unternehmen möglich, sich an der Ausschreibung zu beteiligen. Gleichzeitig entsteht eine Wettbewerbssituation, die sich für den Vergabeträger, also den Landkreis Celle, finanziell vorteilhaft auswirken kann.

Bedenken dahingehend, dass sich das hinsichtlich abgestimmter Informationen, Taktungen und Gebühren als problematisch erweisen könnte, hat die Kreisverwaltung zuletzt entkräftet. Zum einen mit Blick auf positive Erfahrungen in anderen Landkreisen, zum anderen durch den Hinweis, dass Kooperation in der Ausschreibung eingefordert wird.

Mit spürbaren Angebotsverbesserungen ist allerdings zunächst nicht zu rechnen. Der Entwurf zum Nahverkehrsplan, erstellt durch die Berliner Firma PROZIV, entwickelt keinerlei Fantasie, wie durch ein verbessertes Angebot die Nachfrage stimuliert werden könnte. Einzig für die Spät- und Wochenendverkehr sollen „bedarfsgerechte Bedienungserweiterungen“ geprüft werden und in einem Konzept münden. Das soll aber nicht Bestandteil der Ausschreibungen werden, sondern müsste dann nachträglich eingeführt werden. Hintergrund sind selbstverständlich die Finanzen. Schon für eine Verlängerung aller Linien bis 21 Uhr berechnen die Gutachter 400.000 Euro pro Jahr.

Klar, der ÖPNV ist in ländlichen Regionen seit langem ein Subventionsfall. Nur: Der Zuschussbedarf ist eigentlich „überschaubar“. Das gegenwärtige Aufwandsvolumen wird auf gut 10 Mio. Euro pro Jahr geschätzt. Gut 40 % davon werden durch die Fahrpreise eingespielt. Der Gesamtfinanzierungsbedarf seitens des Landkreises wird im Gutachten mit 5,85 Mio. EUR ausgewiesen, der allerdings durch unterschiedliche Finanzhilfen des Landes auf 2,73 Mio. EUR sinkt. Das sind 58,3 Cent je Nutz-km. (Nur zum Vergleich: Das Schlosstheater bezuschussen Stadt und Landkreis mit je rund 1,5 Mio. EUR.)

Positiv festzuhalten ist, dass die schrittweise Umstellung auf Elektrobusse Bestandteil der Ausschreibung sein wird. Bis 2028 sollen 80 % der eingesetzten Fahrzeuge emissionsfrei sein, bis 2035 der gesamte Fahrzeugbestand.

Bis Mitte Mai können im Beteiligungsverfahren die kreisangehörigen Städte und Gemeinden noch ihre Anregungen und Wünsche einbringen. Spannend könnte es da mit der Stadt Celle werden. Denn die hat sich eine eigene Mobilitätsanalyse anfertigen lassen, die aber – wieder mal ein gutes Beispiel für das Verhältnis zwischen Stadt und Kreis – der Kreisverwaltung bei der Vorstellung des Entwurfs des Nahverkehrsplans am 1. März offiziell nicht bekannt war. Wir haben es selbstverständlich zugespielt bekommen – hier ein Überblick:

Bei einer Bestandsanalyse kam das Berliner Büro Interlink GmbH zu folgendem Ergebnis:

1. ÖPNV-Angebot wird rege genutzt / Aber bei Erschließung, Linienführung, Taktung und Betriebszeiten deutliche Mängel

2. Radverkehr ist eine stark genutzte Mobilitätsoption,

die weiter gefördert werden sollte

Oh, là, là – dafür braucht's eigentlich kein Gutachten. Auch die anderen Aspekte kämen locker bei jedem Brainstorming heraus, also etwa hinsichtlich der Nachfrage:

- Starker Fokus auf Innenstadt, ergänzt durch dezentrale Stadtteilzentren
- PoI („Points of Interest") bereits größtenteils durch Stadtbusnetz angebunden, Innenstadt als zentraler Ort gut erreichbar
- Schulstandorte gut angebunden, in zentrumsfernen Lagen mit starkem Hol- und Bringverkehr
- Arbeitsplatzstandorte tw. ungenügend erschlossen

Interessant aber ist die durchschnittliche Erreichbarkeit (mit mindestens 20 Abfahrten je Werktag in 600 m) in % der Bewohner:innen: Deutschlandweit liegt die Zahl bei 91,4 %, in Niedersachsen haben wir 85,7 %, im Landkreis Celle 87,9 % und in der Stadt 98,4 %.

Die Haltestellen-Erschließung im Stadtgefüge wird also für „gut" befunden, es gäbe aber in Einzelfällen sehr lange Haltestellenabstände oder Erschließungslücken.

Wichtig: Die Betriebszeiten führen zu Nutzungshürden z.B. bei AKH und Pendleranschlüssen am Bahnhof. Arbeitsplatzstandorte werden teilweise nicht gut erschlossen, z.B.: Baker Hughes, OHE, Gewerbegebiete.

Die Haltestellensituation am Bahnhof wird, besonders für Ortsfremde als „verwirrend" beschrieben. Durch den Umsteigezwang am Schlossplatz ergäben sich unattraktive Verbindungen in nördliche, südliche und östliche Stadtteile.

Aus einer sehr detaillierten Linienzählung ergibt sich eine klassische Nachfrageentwicklung, aufbauend Richtung City. Früh starke Schülerspitze, ebenfalls am Vormittag eine hohe Nachfrage, die am Abend deutlich sinkt.

Eher skurril mutet die Idee an, die Interlink auf Wunsch der Stadt weiterverfolgen soll – und zwar: Die abgelegenen Ortsteile wie Scheuen, Garßen oder Bostel (also „in der Fläche") durch einen On-Demand-Verkehr an den Linienverkehr anzukoppeln. Wie soll das gehen? Mit dem Anruf-Sammel-Taxi vom Arloh nach Groß-Hehlen, um dort dann in den Linienbus umsteigen?

Wie sich die Stadt Celle auf Basis dieser Analyse in die Nahverkehrsplanungen des Kreises einbringen will, ist zum Redaktionsschluss offen.

Es zeichnet sich schon ab, dass mit dem Nahverkehrsplan und der Ausschreibung kein großer Sprung verbunden ist. Insbesondere deshalb, weil der Berufsverkehr (noch?) nicht ins Zentrum von Angebotserweiterungen rückt.

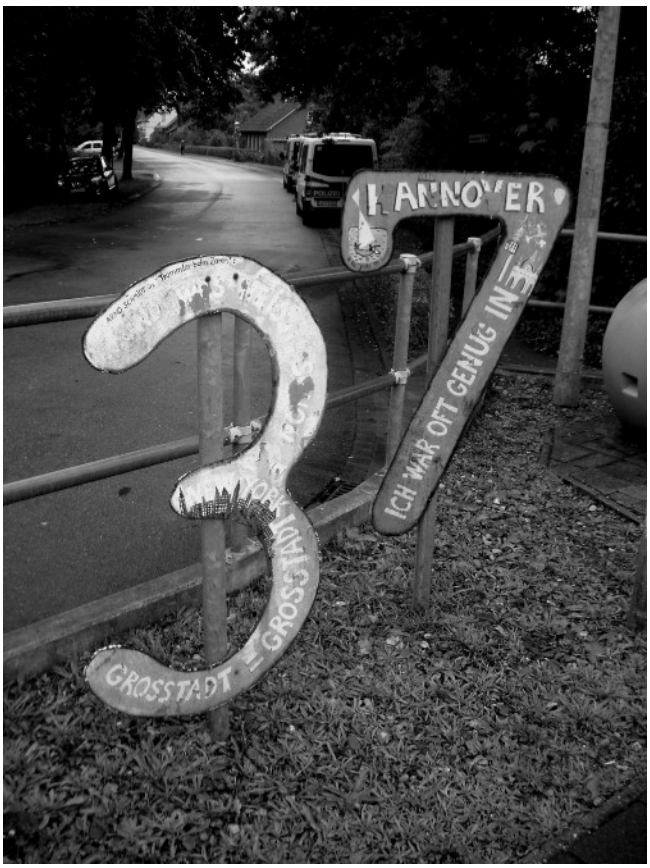
Der Entwurf zum NVP findet sich hier:

https://www.landkreis-celle.de/buergerinformationssystem/vo020.asp?VOLFDNR=5635

Ergänzungsticket zum Deutschlandticket

CeBus bietet ein Ergänzungsticket an, mit dem das Deutschlandticket im Bereich von Stadt und Landkreis Celle um Mitnahmeregelungen aufwertet werden kann. Das Zusatzticket kann für 10 Euro monatlich beim Fahrpersonal oder in den Vorverkaufsstellen gelöst werden. Es ermöglicht an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen die Mitnahme eines Erwachsenen und von maximal vier Kindern bis einschließlich 14 Jahren. Und: Erlaubt ist damit auch die tägliche Mitnahme eines Hundes und eines Fahrrades.

Bereits im März hat CeBus seine Tarifbestimmungen in einigen Punkten geändert, unter anderem zum ermäßigten Fahrpreis für Kinder. Bisher haben Kinder von 4 bis 11 Jahren eine Ermäßigung auf den Regelfahrpreis erhalten, jetzt gilt die Ermäßigung für Kinder von 6 bis 14 Jahren. Ab 15 Jahren muss ein Fahrschein für Erwachsenen gelöst werden. Kinder unter 6 Jahren werden unentgeltlich in Begleitung einer mindestens schulpflichtigen Person befördert. Die Ermäßigung gilt für den Innenstadt- und Innerortshüpfer, sowie für Einzel- und 4er Fahrkarten.



Abgesehen vom Namen wäre das Deutschland-Ticket wohl schon was gewesen für Alice und Arno Schmidt. Auf dieser „37" am Eschede Bahnhof ist ein Zitat aus „Trommler beim Zaren" praktisch nicht mehr zu lesen:

„Und was heißt schon New York? Großstadt ist Großstadt; ich war oft genug in Hannover" --- weiter geht's: *„ich kenn's, wenn morgens tausend Henkelmänner mit ihren Kännchen aus dem Hauptbahnhof geschwindschreiten, in Fächerformation, hinein ins vergoldete Zeitalter."*

Viele Mängel hindern Beschäftigte an Nutzung des ÖPNV

Mobilitätsanalyse durch Kreisbeschäftigte

Wer beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Celle eine signifikante Steigerung der Beförderungszahlen will, muss den Berufsverkehr in den Blick nehmen. Das zeigt auch eine Befragung zur Mobilität der eigenen Mitarbeiter:innen, die die Kreisverwaltung im Januar 2023 durchgeführt hat. Der zuständige Kreisrat Thomas Buchhold meinte im Klimaausschuss Anfang März folgendes Fazit ziehen zu können: *„Der Umweltschutz spielt gegenüber der Unabhängigkeit und der Kosten eine untergeordnete Rolle. Die große Mehrheit fährt mit dem Auto zur Arbeit und es besteht eine mangelnde Bereitschaft, davon auch bei einer deutlichen Attraktivitätssteigerung des ÖPNV im Landkreis Celle abzusehen.“* Unseres Erachtens lassen sich die Ergebnisse aber auch anders interpretieren.

Zum Zeitpunkt der Befragung waren bei der Kreisverwaltung 1.139 Mitarbeiter:innen beschäftigt. 698 von ihnen (= 61 %) beteiligten sich. Schon diese hohe Quote zeigt ein großes Interesse am Thema. Aber im Einzelnen:

Welche Rolle spielen folgende Aspekte für Sie bei Ihrer Mobilität?

Die Antwortmöglichkeiten boten fünf Stufen von „keine Rolle“ (1) bis zu „sehr große Rolle (5).

	1	2	3	4	5
Umwelt – und Klimaschutz	4	10	33	36	18
Unabhängigkeit/Flexibilität	0	1	6	28	65
Schnell ans Ziel zu kommen	1	3	13	34	50
Verlässlichkeit und Planbarkeit	1	0	4	23	73
Wenig Kosten zu haben	1	4	28	30	38

Ein Aspekt hindert tatsächlich am Umstieg auf den ÖPNV im ländlichen Raum: „Unabhängigkeit“ und „Flexibilität“ sind hier bei einem fahrplanbasierten Verkehr nicht zu haben. „Schnell ans Ziel zu kommen“ ist beim ÖPNV zum einen abhängig von der Entfernung zwischen Haustür und Haltestelle, zum andern von der Linienführung. Wer in entfernteren Landkreisgemeinden wohnt, müsste hier Abstriche machen. - „Verlässlichkeit und Planbarkeit“ sind trotz gelegentlich schlechter Erfahrung in aller Regel im Landkreis Celle zu haben. Und bei den Kosten fährt, wer sich ehrlich macht, nicht erst mit dem 49-Euo-Ticket günstiger als mit dem privaten PKW.

Interessant ist, dass aus der Perspektive privater Mobilität „Umwelt- und Klimaschutz“ für eine knappe Mehrheit der an der Befragung Teilnehmenden eine große oder sehr große Rolle spielt.

Welches Fortbewegungsmittel nutzen Sie für den Weg zu Ihrer Arbeitsstätte?

Hier waren Mehrfachnennungen möglich – leider nicht erwünscht, weshalb manche Verkehrsformen in der Summer eine erheblich geringere Antwortresonanz haben als Privat-PKW und Fahrrad.

	tägl.	geleg.	nie
Privates KFZ	355	170	31
Fahrgemeinschaft	8	49	288
Fahrrad	105	179	165
Zu Fuß	38	61	260
Linienbus	7	31	296
Bahnnahverkehr	29	33	290
Bahnfernverkehr	7	31	296

Bei einer Beteiligung von 583 Personen lässt sich prozentual festhalten, dass 61 % täglich mit dem Auto zur Arbeit fahren. Immerhin 18 % nutzen täglich das Fahrrad und 31 % gelegentlich. Der ÖPNV spielt nur für Bahn-Pendler:innen (wahrscheinlich aus Hannover) eine Rolle. Den Linienbus nutzen ganz 7 Personen täglich (= 1 %).

Können Sie sich grundsätzlich vorstellen, künftig mit dem Bus zur Arbeit zu fahren?

380 Personen antworten mit NEIN und 181 (= 32 %) mit JA. Das Ergebnis dürfte aus ÖPNV-Perspektive positiver sein, als es wirkt. Denn mal angenommen, dass es für Fahrradfahrer:innen, Fußgängerinnen und Bahnfahrer:innen keinen Grund gibt, den Bus zu nehmen, ist etwa die Hälfte jener, die täglich das Auto nutzen, offen für den ÖPNV.

Welche Gründe sprechen derzeit dafür bzw. dagegen?

Dagegen werden genannt: unflexibel (379), zu schlechtes Angebot (374), Busfahrt dauert zu lange (359), zu wenig Verbindungen (351), Erledigungen/Einkäufe (342), volle Linienbusse (296), Busfahrkarte zu teuer (268) --- Als Argumente dafür werden genannt: fehlende Parkmöglichkeiten (242), Fahrtzeit ist nutzbar (232), Sicherheit im Straßenverkehr (199), günstiger als mit dem Auto (194).

Welche Faktoren würden für Sie eine Rolle spielen, um den Bus zu nutzen?

Hier sollten Punkte in der Reihenfolge ihrer Bedeutung vergeben werden. Und es wird deutlich, was für einen attraktiven Busverkehr wichtig ist. Hier das Ranking mit addierten Punkten:

1. Verdichtung des Bus-Angebotes	1409
2. Verbesserung des Angebotes	1325
3. preisgünstiger (z.B. durch Jobticket)	1258
4. Bevorrechtigung des Bus	1020
5. Attraktivitätssteigerung von Haltestellen	587

Wie oft benutzen Sie den Bus?

Die Antworten regelmäßig (102), häufig (4), gelegentlich (107), nie (355). 62,5 % nutzen nie den Busverkehr.

Wie beurteilen Sie allgemein die Qualität des Busverkehres im Landkreis Celle?

Hier haben sich zwischen 345 und 379 Personen beteiligt, also wahrscheinlich nur jene, die meinen, das aus Erfahrung beurteilen zu können. Die Angaben erfolgen in Prozent – „1“ ist die schlechteste, „5“ die beste Bewertung.

	1	2	3	4	5
Fahrplanangebot	24	25	40	10	1
Preis-Leistungs-Verhältnis	17	32	41	10	1
Komfort	14	31	40	14	1
Information vor der Fahrt	18	32	28	16	6
Information während der Fahrt	21	28	35	15	1
Zuverlässigkeit	5	19	40	29	7

In welchen Bereichen kann der Busverkehr im Landkreis besser werden?

Bei 419 Antworten ergab sich folgendes Ranking in Prozent: Taktung (78), Anbindung an Ortschaften (75), Anschluss an weiterführenden Bus- und Bahnverkehr (55), Fahrgastinformation (34), Pünktlichkeit (21), Sauberkeit der Fahrzeuge (15), Verhalten des Fahrpersonals (11).

Was ist Ihnen am Busverkehr wichtig?

In der Reihenfolge Wichtigkeit bepunktet ergab sich durch bei 419 wertenden Personen folgendes Bild:

1. regelmäßige Taktung	3438
2. günstiges Ticket	3035
3. kurze Fahrzeiten	3027
4. bessere Vernetzung (Umstiege)	2918
5. Anbindung von weiteren Ortschaften	2537
6. klimafreundliche Fahrzeuge	2014
7. Anruf-Linien-Verkehre	1774
8. Fahrtangebot zu Veranstaltungen	1773
9. gute Informationspolitik	1561
10. Kundenservice	1554
11. Barrierefreiheit der Fahrzeuge	1495
12. Barrierefreiheit der Haltestellen	1415
13. soziales Engagement	935

Werden Sie den Busverkehr im Landkreis langfristig nutzen?

Bei 493 Antworten ergab sich dann doch ein eher zwiespältiges Bild: Mit JA antworteten nur 24 Personen, "vielleicht bei Bedarf" meinten 277 (56 %) - und 192 (= 39 %) antworteten NEIN.

Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, um diesen langfristig zu nutzen?

Bei 412 Antworten ergab sich folgende Gewichtung: günstige Tickets 294 (71%), bessere Vernetzung/Verknüpfung/Anschlüsse 291 (70%), systematische Verknüpfung von weiteren Mobilitätsangeboten 185 (45%), Erhöhung der Fahrzeugkapazität (mehr Busse bzw. mehr Sitzplätze) 149 (36%), bessere Zuverlässigkeit/Pünktlichkeit 135 (33%), weitere Haltestellen 121 (29%), Beschleunigung durch Neuverteilung des Straßenraums 110 (27%), Gewährleistung des Komforts 69 (17%).

Fazit für eine Verkehrswende

Die Sicht der Beschäftigten der Kreisverwaltung zeigt sehr deutlich die Barrieren auf, die den Celler ÖPNV für den Berufsverkehr unattraktiv machen. Viele davon lassen sich bei entsprechendem politischen Willen einreißen. D.h.: Das Angebot zu verbessern, was zwangsläufig im ersten Schritt mehr kostet. – Eine Schwäche hat die Befragung: Es sollte beim nächsten Mal versucht werden, die Befragung hinsichtlich der Entfernungen zum Arbeitsort (und damit der Fahrtzeiten im Vergleich) zu kategorisieren.

Werden Tarifforderungen „abgefedert“?

Das Erfreuliche bei der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst war die Forderung nach einem Mindestbetrag, was die unteren Entgeltgruppen gegenüber einer reinen Prozentforderung begünstigt (hätte). ver.di forderte für die die 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen 10,5 %, mindestens aber 500 € mehr im Monat bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.

Dass es dafür eine Kampfbereitschaft gab, zeigte sich nicht allein in den Streiks, sondern auch in den hohen Neueintritten (ver.di berichtet von 70.000). In Celle gab es am 21.2. und 14.3. kämpferische Warnstreik-Aktionen mit 300 bzw. 500 Kolleg:innen.

Nachdem drei Verhandlungsrunden kein Ergebnis brachten, wurde eine Schlichtungskommission einberufen, die am 15.4. ihre Einigungsempfehlung vorlegte:

Statt eines Mindestbetrags soll es einen Sockelbetrag mit einer gleichzeitigen prozentualen Erhöhung geben. Ab dem 1. März 2024 (!) sollen die monatlichen Tabellenentgelte also a.) um einen Sockelbetrag von 200 Euro erhöht werden, worauf zeitgleich und b.) dann eine Erhöhung von 5,5 % folgt. Wenn dabei keine Erhöhung um 340 Euro erreicht wird, wird der betreffende Erhöhungsbetrag auf 340 Euro gesetzt. Für Auszubildende ist eine Erhöhung zum gleichen Zeitpunkt um 150 Euro vorgesehen.

Die Laufzeit soll 24 Monate ab Januar 2023 betragen. Der Tarifvertrag würde also bis zum 31. Dezember 2024 gelten. Bis zum 1. März 2024 soll’s eine steuer- und abgabefreie „Inflationsausgleichszahlung“ von insgesamt 3.000 Euro geben. Einmalig 1.240 Euro im Juni, dann ab Juli 2023 bis Februar 2024 eine monatliche „Sonderzahlung“ in Höhe von 220 Euro.

Der Bundesvorstand redete in seiner ersten Stellungnahme das Ergebnis mit Beispielrechnungen schön, etwa: Bei einer/m Müllwerker:in in der EG 3, Stufe 3 käme ein monatliches Plus von 357,34 Euro (13,43 Prozent) heraus, bei einem/r Verwaltungsangestellten in der EG 6, Stufe 5 monatlich 398,79 Euro (11,99 Prozent), bei einer Pflegefachkraft in der P8, Stufe 4 monatlich 400,66 Euro (11,62 Prozent). - Das ärgerliche Aber: Die Erhöhung gibt’s tabellenwirksam erst in einem Jahr.

Unser Heft geht in den Druck, bevor die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Unser Tipp: Wie schon bei der Post wird’s trotz Murren an Teilen der Basis zu einem Abschluss auf dieser Ebene kommen.

Kreative Konzepte für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Klimaheld:innen 2022 - Preisverleihung

Nachhaltige Bildung, genossenschaftliche Energieversorgung und das „Töpfchen Teamwork“ von Dachskind – das sind die Klimaheld:innen 2022. Bereits zum zweiten Mal hat die Celler Klimaplattform, ein Verbund von 18 Gruppen, 2022 den Klimapreis ausgelobt. Nun wurden vier Preisträgerinnen und Preisträger aus Stadt und Landkreis Celle prämiiert.

Klimaheld:in 2022 geworden ist in der Kategorie Bildungsstätten die **Stadtbibliothek** mit ihrer fortdauernden Ausrichtung auf Nachhaltigkeit. Die Leiterin, Petra Moderow, berichtete über die 2021 gegründete Nachhaltigkeitsgruppe. Kleidertauschbörsen, Saatgutbörse mit historischen Saaten, kreative Upcycling-Workshops und Informationsveranstaltungen zu nachhaltigen Themen wie Zero Waste, klimagerechter Einkauf und Ernährung wurden schon realisiert. Auch im „Kerngeschäft“, der Medienausleihe, agiert die Nachhaltigkeitsgruppe. Sie zeigt damit, dass mit Kreativität und Spaß an der Sache ein Wandel möglich ist sowie mit kleinen Ideen zu einem Umdenken und damit zu immer neuen Einfällen zu mehr Nachhaltigkeit angeregt werden kann. Laudator Michael Weinrich kommt zu dem Fazit: *„Der kontinuierliche Verbesserungsprozess, der durch die Nachhaltigkeitsgruppe gelebt wird, ist ein fortlaufendes Projekt geworden, zu dem wir die Stadtbibliothek Celle nur beglückwünschen können. Ihr seid Helden:innen!“*

In der Kategorie Bildungsstätten wurde auch das **Christian-Gymnasium Hermannsburg** Klimaheld:in. Seit vielen Jahren setzt die Schule auf nachhaltiges Lehren und Lernen. Zwei Vertreterinnen aus dem Schülerrat berichteten über die aktuelle Ausweitung des Schulgartens um 10 Hochbeete, die von den 5. und 6. Klassen betreut werden. *„Im Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern ergeben sich ständig neue Ideen, was wir noch für mehr Lernen und Er-*

fahren in Sachen Klimaschutz tun können. Vieles wird dann an der Schule auch umgesetzt“, zeigen sich die Schülervertreter:innen begeistert. Der ebenfalls bei der Preisverleihung anwesende Schulleiter Michael Zilk war sichtlich stolz auf seine engagierte Schule. Laudator Michael Huber wies ausdrücklich darauf hin, dass der Einsatz für Natur und Umwelt schon seit vielen Jahren Anliegen der Schule ist: *„Ab 2013 konnten sich die Schülerinnen und Schüler nun auch mit eigenem Honigbienenstand in einer Imker-AG betätigen und schließlich auch eine nachhaltige Firma die CGHonig gründen. Neben Honig sind inzwischen Holundersirup, Marmeladen, Lippenstifte und Kerzen aus Bienenwachs im Sortiment. Doch wie schon Einstein sagt: „Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie“. So kam auch in Hermannsburg die Theorie nicht zu kurz, und die Schülerinnen und Schüler konnten in 2014 das wissenschaftliche Arbeiten lernen, im Rahmen des Projekts „Vergleichende Beobachtungen von Wild- und Honigbienen im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Schulimkerei“.“*

In der Kategorie Organisationen und Vereine wurde der Bürgerenergiegenossenschaft Wathlingen/Flotwedel (**Bürgerenergie Aller Fuhse Aue**) der Klimapreis verliehen. Erst Ende 2022 gegründet, erfährt die Genossenschaft großen Zuspruch. Das liegt sicherlich an der Aktualität des Themas; Menschen suchen nach Lösungen bei Energieknappheit und zunehmendem Klimawandel. Daran verdienen sonst große Energieunternehmen. Die Bürgerenergiegenossenschaft geht hier einen anderen Weg, die Wertschöpfung erfolgt vor Ort und Bürgerinnen und Bürgern wird das direkte Mitwirken in den Samtgemeinden Flotwedel und Wathlingen ermöglicht. Außerdem steht das Ziel, erneuerbare Energie lokal zu erzeugen und zu vermarkten, im Vordergrund und nicht der Unternehmensgewinn.

Dachskind ist ein Celler Unternehmen, das sich mit Alternativen zu herkömmlichen Einwegwindeln für Babys auseinandersetzt. Wie hat man eigentlich vor Entwicklung der Wegwerfwindeln Babys gewickelt, „verpackt“ und schließlich an den Toilettengang gewöhnt? Und das unter möglichst hygienischen, rationalen, alltagstauglichen und kinderfreundlichen Bedingungen? Angesichts der Müllberge, die Einmalwindeln hinterlassen (mit ca. 10-15 % der höchste Anteil am gesamten Restmüllaufkommen!) eine sehr relevante und zukunftsträchtige Frage. Die Biologin Britta Alps hat einen „integrierten“ Ansatz entwickelt, der nicht nur Materialien gezielt einsetzt und durch ein cleveres System den Waschaufwand reduziert, sondern zusätzlich auch darauf setzt, dass durch Beobachtung der Signale vom Wickelkind das eine oder andere Malheur gar nicht erst in die Windel geht. Säuglinge lernen damit schon früh, auf ihr Körpergefühl zu hören und dies der Umgebung mitzuteilen. Für ihr „Team Töpfchen“ erhielt Dachskind den Klimapreis in der Kategorie Gewerbetreibende und Firmen. *„Mit individuellen, sehr hochwertigen liebevoll und ausgeklügelt designten Windeln, Kleidungsstücken, Saugeinlagen und Zubehör für die „moderne Welt“ wie Sitzauflagen bekommen Eltern damit alles an die Hand, um ihr Kind für große und kleine Geschäfte zu versorgen“*, heißt es dann auch in der Laudatio.

„Bei unserer Preisverleihung Klimaheld:in lernt man vielfältige, kreative Lösungen und Konzepte für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz in Celle kennen. Wir sind stolz auf unsere inzwischen, mit 2021, acht Klimaheld:innen. Und es geht weiter, ab dem 20. April stehen die Bewerbungsunterlagen für 2023 unter www.celler–klimaplattform.de zur Verfügung“, bilanziert Wolfram Steinmetz vom Sprechteam der Klimaplattform.

Umweltministerium untersagt Rodung der Bäume in der Breiten Straße

„Eine Rodung ist […] somit ausgeschlossen.“

Wie großartig war das denn? Eigentlich hatten „wir“ uns doch schon darauf vorbereitet, die Fällung der Linden in der Breiten Straße mit Aktionen unterschiedlichster Art zu ver- bzw. zu behindern. Und dann ordnet einfach „Hannover“ an, dass die Stadtverwaltung den Auftrag zu Fällung mal besser stornieren soll.

Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz reagierte auf die Beschwerde der Klimaplattform mit Schreiben vom 9. Februar wie folgt:

„[…] Nach Eingang Ihres Schreibens wurde der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Celle Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Unterlagen, die daraufhin im Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz eingingen, wurden unter Berücksichtigung Ihrer Hinweise und Kritikpunkte fachlich und rechtlich überprüft.

Infolgedessen konnte festgestellt werden, dass Ihre Einwände sowohl naturschutzfachlich als auch naturschutzrechtlich berechtigt sind. Die Stadt Celle wurde** daraufhin am 08.02.2023 in einem Gespräch im Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz **angewiesen, die Rodung der Lindenallee in der Breiten Straße in Celle zu unterlassen, bis eine vollständige Sachverhaltsermittlung stattgefunden hat. Eine Rodung von erhaltungswürdigen Bäumen vor dem 28.02.2023 ist somit ausgeschlossen.

[…] Weiterhin wurde die Stadt Celle angewiesen, die Bäume neben ausgewiesenen Parkplätzen im Einzelfall auf notwendige Maßnahmen zum Wurzelschutz zu überprüfen und ggf. zu sperren. Auf Flächen, die nicht offiziell als Parkplätze ausgewiesen sind, hat die Stadt Celle das Parken aller Fortbewegungsmittel umgehend zu unterbinden.“

Die Fällung der Linden ist damit nicht endgültig vom Tisch: Die Stadt hat erst einmal schlechte Karten.

Bezeichnend ist die Reaktion aus dem Rathaus: Es gab keine. Null. Auf eine Bürgerfrage in der Ratssitzung vom Februar, um welche Untersagungsgründe es im Detail gehe, gab es seitens der Stadtbaurätin Kuhls einen einzigen Satz: *„Es handelt sich um noch in Bearbeitung befindliche naturschutzfachliche Gründe im Bereich des Artenschutzes.“* Und auf eine weitere Bürgerfrage: *„Wann und wie plant die Stadt Celle, diesen für die Anwohner sehr unglücklichen Zustand im Rahmen des geltenden Naturschutzrechts zu beheben?“* antwortete Kuhls, dies solle durch die Realisierung der Variante 2 erfolgen. Also: Durch die Fällung der Bäume.

Machen wir uns mal klar, was hier passiert: Die Verwaltungsspitze bekommt vom Ministerium eine „Rote Karte“ gezeigt. Und die Antwort ist – auf den Punkt gebracht: Das interessiert uns nicht wirklich.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde in der Ratssitzung vom Februar dann auch ein Dringlichkeitsantrag der „Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt“ abgelehnt dahingehend, *„dass die Verwaltung sämtliche Planungen der Maßnahmen zur Sanierung der Breite Straße stoppt und den Rat, die zuständigen Ausschüsse und den Ortsrat Neuenhäusen schnellstmöglich und allumfassend über den aktuellen Planungsstand informiert“* sowie *„die endgültige Entscheidung über die Planungsvariante und die damit einhergehenden Maßnahmen der Rat trifft.“* Zustimmung fand dieser Antrag dann nur noch von der SPD-Fraktion, die im Anschluss aber dem Haushalt zustimmte, der (so unsere Perspektive) der Verwaltung freie Hand für „ihr Projekt“ gibt.

Was ist am Ende das Erstaunliche? Die vernichtende Beurteilung einer Oberbehörde hat zwar Konsequenzen, aber eben nicht für die „Sicht“ von Verwaltungsspitze und Ratsmehrheit. Wohin soll das führen? Zu einem: Wir machen, was wir wollen, weil: Wir sind gewählt und haben im Rat die Mehrheit? Offensichtlich.

---------- 10.02.2023 ----------

Breite Straße

Das Umweltministerium stoppt die bevorstehende Rodung der Linden in der Breiten Stra0e – mehr auf Seite 15.

---------- 14.02.2023 ----------

„Anastasia“-Bewegung

In einer voll besetzten Synagoge referiert die Journalistin Andrea Röpke über die „Rechte Landnahme in der Heide – von völkischen Siedlern und der Anastasia-Bewegung“. Seit Jahren siedeln sich extreme Rechte bewusst in ländlichen Regionen Deutschlands an, um dort mit ansässigen völkischen Großfamilien »nationale Graswurzelarbeit« zu betreiben. Anhand der sogenannten Anastasia-Bewegung zeigte sie auf, wie sich völkisches Denken, Antisemitismus und russische Propaganda gegenseitig verstärken.

---------- 19.02.2023 ----------

Hanau-Gedenken

Zum Gedenken an die rassistischen Morde von Hanau, bei dem am 19. Februar 2020 neun Menschen mit Migrationsgeschichte von einem deutschen Rechtsterroristen ermordet wurden fanden bundesweit Solidaritätsaktionen statt. In Celle beteiligte sich Arbeitskreis Internationalismus in

Form einer Lichtkunstprojektion am Bahnhof, um an die Ermordeten zu erinnern und das Thema in der Celler Öffentlichkeit präsent zu halten. Dabei wurden auch die Forderungen der „Initiative 19. Februar Hanau“ sichtbar gemacht: Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen.

---------- 21.02.2023 ----------

ver.di Warnstreik

Rund 200 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes versammelten sich auf der Stechbahn, um vor der zweiten Runde der Tarifverhandlungen ein kämpferisches Zeichen zu setzen. Das hat geklappt: Viele Leute, kämpferische (und informative) Reden - gute Stimmung. Die ver.di-Forderung für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen: 10,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 500 Euro pro Monat. - Mehr auf Seite 13.

---------- 08.03.2023 ----------

Frauentag

Unter dem Motto „Jin, Jiyan, Azadî – Gemeinsam verteidigen wir das Leben!“ versammelten sich gut 50 Teilnehmende zu einer Demonstration anlässlich des Internationalen Frauenkampftags. Geschlechtergleichberechtigung sei eine Frage des Lebens aller Menschen und verschiedene Formen von Unterdrückung miteinander verwoben, daher habe die Feministische Organisierung „Gemeinsam kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie“ bundesweit dieses Motto für den Tag gewählt. Des Weiteren zeige es die weltweite Verbundenheit der Kämpfe um Gerechtigkeit und Freiheit.

Zu der friedlich und ausdrucksstark verlaufenden Versammlung in Celle hatten die Celler Ortsgruppe von „Ge-

meinsam kämpfen!“, der Dachverband des êzîdischen Frauenrats, das Autonome Frauenhaus Celle, der Frauen-Diverspersonen-Kinder-Brunch der Solidarischen Initiative Neuenhäusen, Land in Sicht – Transition Celle sowie der DGB Kreisvorstand Celle gemeinsam aufgerufen. Die 50 Teilnehmenden forderten einen Systemwandel, statt halbherziger Reformen. *„Es geht nicht um das Recht aller Geschlechter andere Menschen zu unterdrücken, sondern um die gemeinsame Befreiung von Unterdrückung. Wir wollen ein gutes Leben für alle Menschen“*, so Chiara Putt, Mitorganisatorin der Demonstration, am Rande der Versammlung.

---------- 14.03.2023 ----------

ver.di Warnstreik

Erneuert Warnstreik – diesmal etwa 500 Teilnehmenden und mit Demo durch die Stadt zum Neuen Rathaus.

---------- 25.03.2023 ----------

Earth Hour

Erneut hat sich die Stadt Celle an dem Projekt „Earth Hour“ (dt.: Stunde der Erde) beteiligt. Weltweit wurden für eine Stunde die elektrischen Lichter gelöscht, um ein (un-) sichtbares Zeichen für unseren Planeten zu setzen. Die Stadt ließ für eine Stunde das Alte und neue Ratshaus sowie das Sozialamt „erdunkeln“. Zu dieser dieser Aktion lädt seit 2007 der World Wide Fund For Nature (WWF) ein. Dabei geht es weniger darum, mit dieser einen Stunde tatsächlich Energie zu sparen, als vielmehr darum, sich das Thema Energie bewusst zu machen.

Die Celler Gruppe Land in Sicht – Transition (LIST) rief zu einer Beteiligung auf. Cornelia Döllermann-Nölting, die Sprecherin der Gruppe: *„Wir müssen uns täglich fragen, wie wir mit der vorhandenen Energie umgehen und wie wir weiter Energie sparen können.“* Trotz der Beteiligung der Stadt sei erst kürzlich ein falsches Signal von Oberbürgermeister Dr. Nigge gekommen, wonach wir „genug gespart“ hätten, als gäbe es ein Recht auf Verschwendung und gedankenlosen Umgang mit den Ressourcen.

---------- 30.03.2023 ----------

Letzte Generation

Vier Aktivist:innen der *Letzten Generation* blockierten um 16.30 Uhr den PKW-Verkehr auf der Bahnhofstraße - Richtung Thaerplatz. Bei ihrer Aktion hielten sie zwei kleine Transparente und zwar: *"Letzte Generation vor den Kipppunkten"* und *"Art. 20A GG = Leben schützen"*. Die Polizei verkündete mit einem gewissen Stolz, nur 45 Minuten für die Räumung benötigt zu haben. Ermittlungsverfahren wegen "Nötigung im Straßenverkehr" seien eingeleitet worden. Die *Letzte Generation* fordert die Bundesregierung dazu auf, *„einen Gesellschaftsrat einzuberufen, der Maßnahmen erarbeitet, wie Deutschland bis 2030 die Nutzung fossiler Rohstoffe beendet.“*

Die Celler Jusos und Jens-Christoph Brockmann, AfD-Landtagsabgeordneter, waren mit ihren Pressemitteilungen fast schneller als die Polizei. Von Extremist zu Extremist hatte Brockmann u.a.mitzuteilen: *„Die Politik ist gefordert, die Straftaten solcher Extremisten nicht weiter zu verharmlosen, sondern deutlich zu verurteilen und zu sanktionieren.“* Die Jusos *„halten […] jedoch den Weg der Aktivisten der 'Letzten Generation' für den falschen Weg. […] Unsere Demokratie kennt viele Wege der Mitbestimmung, öffentliche Verkehrsflächen zu blockieren gehört nicht dazu.“*

---------- 02.04.2023 ----------

Alles wird gut

Dass ein Flash-Mob der Celler Spielmannszüge mal Eingang in unseren kurzen Rückblick finden würde … konnte nur gelingen, weil die CZ titelte: *„Plötzlich erklingt „Bella Ciao““*. Ja, wir haben auch mitbekommen, dass das Widerstandslied vor fünf Jahren in einem Remix von DJ Hugel mal sowas wie ein Sommerhit war. Aber dass es dann Eingang in die Playlists von Schützenkapellen findet? Alles wird gut? Oder eher: Die Kulturindustrie frisst alles. Auch wenn das Tempo vielleicht etwas anspruchsvoll ist: Beim nächsten Mal wünschen wir uns: *„Nazis nehmen uns die Arbeitsplätze weg“*.

---------- 02.04.2023 ----------

Stolperstein-Rundgang

Die Solidarische Initiative Neuenhäusen führte erstmals einen Rundgang zu den im Stadtteil verlegten Stolpersteinen für Opfer des Nationalsozialismus durch.

---------- 08.04.2023 ----------

Massaker

Auf Einladung des Celler SPD-Ortsverein Celle, der Arbeitsgemeinschaft der SPD 60 plus und der Jusos fand am Mahnmal in den Triftanlagen eine Gedenkveranstaltung an die Verfolgung und das Massaker von KZ-Häftlingen am 8 April 1945 statt. Nach einem Bombenangriff auf den Güterbahnhof, auf dem sich zeitgleich ein Häftlingstransport ins KZ Bergen-Belsen befand, wurden die im Anschluss geflohenen Häftlinge von SS, Wehrmacht, Polizei und auch Zivilisten gejagt und zusammengetrieben, wobei mindestens 170 von ihnen ermordet wurden.

Kiff in Celle, an der Quelle

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Wusstet ihr, dass die Raster in der Außenfassade von Karstadt mit 1,20 mal 1,20 Meter in etwa dem Fachwerkraster der umliegenden Bebauung entspricht?

Die Dicke: Irgendwie haben sich die Celler:innen ja irgendwann auch an die „Bausünde“, wie es lange hieß, gewöhnt.

Der lange Lulatsch: Und jetzt: Ist das Kunst oder kann das weg?

Oma Lilo: Unter Denkmalschutz steht das Gebäude wohl nicht. Aber wer braucht heute so eine Immobilie?

Der lange Lulatsch: Ist schon merkwürdig, vor 20, 30 Jahren hätte so ein Leerstand die Fantasie vieler, auch gerade junger Leute beflügelt.

Klein Jonas: Naja, Räume gibt’s anscheinend genug. Dazu gehört ja auch das Internet, nicht nur zum Kaufen, sondern auch für alles rund um Unterhaltung.

Oma Lilo: Ich hab’s. Celles tolle Wirtschaftsförderung sollte sich schnellstens darum bemühen, dass unsere kleine Stadt Cannabis-Modell-Region wird. Und dann „Alles unter einem Dach“: Pflanzen, Ernte, Verkauf, Konsum. Ein touristisches Highlight.

Die Dicke: Strom über PV-Anlagen auf dem Dach und an den Fassaden. Und Bürger:innen-Beteiligung über den „1. Celler Cannabis Club von 2023“ (CCC 23). Für Insider: 23.

Der lange Lulatsch: Ein wahrhaft transformativer Traum. Slogan für Stadtbroschüren: „Kiff in Celle, an der Quelle.“

Der Besserwisser: Da halte ich es für wahrscheinlicher, dass Rheinmetall das Karstadt-Gebäude als Modellhaus nutzt – für die neuesten Produkte der Sicherheits-Ökonomie, gewissermaßen als Zoo für Panther, Leo und Marder. Auch das würde Gäste aus aller Welt anlocken.

Der lange Lulatsch: Vielleicht würde ja die Union schon als Ausstellungs-Raum reichen, dann auch direkt neben dem Fürstenhof … connect & contract, oder so.

Die Dicke: Wieso Union?

Der lange Lulatsch: Hat sich das nicht herumgesprochen. Nigge überlegt, wie zu hören ist, das Millionengrab „zuzuschaufeln“. Weil die Stadt sonst wohl demnächst 20 Millionen und mehr investieren müsste.

Die Dicke: Da kann sich ja Bürger Müller freuen. Auch späte Erfolge sind Erfolge.

Oma Lilo: Wie wahr. 50 Jahre Anti-AKW-Bewegung hat’s gebraucht. Und – kleiner Treppenwitz der Geschichte: In dem Moment, wo’s vielleicht die größte Zustimmung zu AKWs in der Bevölkerung seit 40 Jahren gibt, wird abgeschaltet. Was Hegel wohl dazu sagen würde?

Die Dicke: Philosophie zählt ja gerade nicht so viel. Habermas, Precht und Welzer gelten ja als Lumpenpazifisten, wenn sie öffentlich in Erwägung ziehen, dass es vielleicht keine so schlechte Idee ist, den Krieg in der Ukraine baldmöglichst zu beenden.

Der Besserwisser: Ich bin in Teilen beeindruckt von Raúl Sánchez Cedillo.

Der lange Lulatsch: Du meinst: *„Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine“*.

Der Besserwisser: Ja. Was ich wichtig finde, ist die Perspektive von den Interessen der subalternen Klassen her, in der Ukraine und in Russland, aber auch weltweit. Denn vom Krieg profitieren nur die herrschenden Klassen.

Die Dicke: Die NGO „Oxfam“ hat gerade öffentlich gemacht: Die Reichen werden immer reicher: In den letzten drei Jahren hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung rund zwei Drittel des weltweiten Vermögenszuwachses kassiert, in Deutschland gingen sogar 81 Prozent an das reichste Prozent. Gleichzeitig leben 1,7 Milliarden Menschen in Ländern, in denen die Lohnentwicklung die Inflation nicht ausgleicht. 828 Millionen Menschen – etwa jede:r Zehnte auf der Erde – hungern.

Klein Jonas (hat nebenbei auf seinem Smartphone gesucht und liest vor)**:** *„95 Lebensmittel- und Energiekonzerne haben ihre Gewinne im Jahr 2022 mehr als verdoppelt. Sie erzielten 306 Milliarden US-Dollar an Übergewinnen und schütteten 257 Milliarden US-Dollar (84 Prozent) davon an Aktionär:innen aus.“*

Der lange Lulatsch: Und andererseits ist das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung für mehr als doppelt so viele Kohlenstoffemissionen verantwortlich wie die Menschen, die die ärmste Hälfte der Menschheit ausmachen. Für die 19 Millionen US-Bürger:innen oder die vier Millionen Chines:innen, die zu diesem oberen einen Prozent gehören — sowie für alle anderen, die ein Nettovermögen von über 10.055.337 $ besitzen —, könnte also schon gelten, was Extinction Rebellion im April auf einem Transparent am Berliner Adlon in die Welt verkündete: *„We can’t afford the super-rich.“*

Oma Lilo: Warum machen sie’s eigentlich immer in Englisch?

Klein Jonas: Wir können uns die Superreichen nicht leisten.

Oma Lilo: Ich verstehe das schon. Aber diese vermeintliche Weltläufigkeit wirkt für einen Großteil der 99 % wahrscheinlich nur schnöselig.

Klein Jonas: Schnöselig?

Oma Lilo: Junge, arrogante, von sich eingenommene Menschen halt.

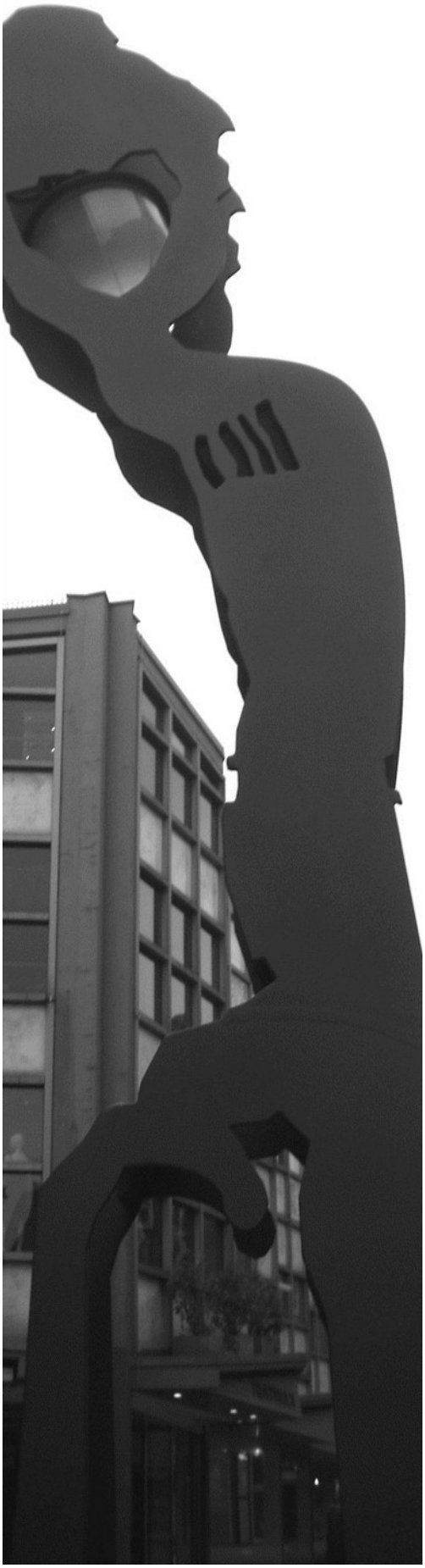
Der lange Lulatsch: Ich denke auch, dass das eine klassistische Note hat, was vor dem Hintergrund der Zahlen dann zum schlechten Witz wird.

Der Besserwisser: Die Schwäche von Fridays, Letzte Generation und Extinction Rebellion besteht ja gerade darin, dass sie die Ursache der Klimakatastrophe in der „Gier“ der Reichen sehen, aber nicht in einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das diese Gier erst ermöglicht. Sie adressieren ihre Forderungen an einen Staat, der Kapitalverwertung organisiert, also Wachstum von Überflüssigem durch Ausbeutung, Enteignung und Raub an der Natur.

Klein Jonas: System Change, not Climate Change. Ist es das nicht?

Der lange Lulatsch: Die Parole ist nicht schlecht. Aber, das auch als Kritik an unserer Reichtums-Diskussion: Es geht am Ende nicht um den ökologischen Fußabdruck von Elon Musk, also nicht um „die“ Reichen, sondern darum, die Konfrontation mit dem Kapital zu suchen.

Oma Lilo: Dann mache ich das Thema mal rund. Einen Tag nach Woodstock (1969) war David Crosby, einer der größten Kiffer ever, in der Dick Cavett Show im US-amerikanischen TV. Cavett fragte, ob’s etwas gäbe, das er schon immer mal im TV loswerden wollte? Crosby meinte, er würde gern was zu Umweltzerstörung sagen – ich verkürze mal: *„Der einzige Weg, dies zu beenden ist, Öl- und Autokonzernen ihr Geschäft zu verbieten.“* Er zählte dabei etliche der Konzerne auf. Cavetts halbwegs witzige Reaktion: *„Vier davon sind meine Sponsoren.“*



Dax statt Dachs

Rheinmetall zählt seit dem 20. März zum Dax, dem deutschen Leitindex an der Frankfurter Börse. Der Start lief gut für den Konzern: Durch die Nachfrage der Anleger stiegen die Aktien des Rüstungskonzerns bis zum Nachmittag um gut 5 Prozent auf knapp 250 Euro. Vor der Börse protestierten Aktivist:innen von attac und der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK).

186.541.163,80 €

also fast 190 Millionen Euro – zahlt Rheinmetall an seine Aktionär:innen aus, eine Dividendensteigerung um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. So jedenfalls die Vorankündigung zur Hauptversammlung am 9. Mai 2023.

Wer sind die Aktionäre? Fragte im April Werner Rügemer in einem Beitrag für die Berliner Zeitung. Seine Antwort: *„Rheinmetall nennt keine Namen. Aus Börsenportalen und Mitteilungen der US-Börsenaufsicht SEC ergibt sich: Rheinmetall hat 280 staatlich erfasste Aktionäre. Die größten sind Blackrock, Wellington, Fidelity, Harris Associates, John Hancock, Capital Group, Vanguard, EuroPacific Growth Fund, LSV. Sie kommen wie die meisten kleineren aus den USA. Rheinmetall ist also gar nicht deutsch. Die Hälfte der 25.500 Beschäftigten arbeitet zwar in Deutschland, die andere Hälfte in 33 anderen Staaten. Aber die Gewinne fließen vor allem in die USA."*

Quelle: Berliner Zeitung Online, 10.04.2023

Strafanzeige gegen Rheinmetall

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" hat Strafanzeige gegen Rheinmetall gestellt wegen des Verdachts auf Beihilfe zu Kriegsverbrechen im Jemen. Der Konzern hatte Waffen an die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert, die mutmaßlich bei der Seeblockade des Jemen eingesetzt wurden. Diese Blockade von See-, Luft- und Landwegen des Landes hat laut UN zu der größten humanitären Krise der Gegenwart geführt. Dass die Bundesregierung Exporte entgegen nationaler und europäischer Gesetze sowie Selbstverpflichtungen anscheinend genehmigt habe, entbinde den Konzern nicht von seiner Verantwortung.

Quelle: Aktion Aufschrei, 07.03.2023

Panthersprung nach Kiew

Rheinmetall will der Ukraine den neuesten High-Tech-Kampfpanzer Panther liefern, das Nachfolgemodell des Leopard 2. Wie Konzernchef Armin Papperger mitteilt, verhandelt das Unternehmen zur Zeit mit Kiew darüber; die Lieferungen könnten demnach Mitte 2024 beginnen. Papperger stellt zudem in Aussicht, den Panther – technische Bezeichnung: KF 51 – auch in der Ukraine zu produzieren. Darüber hinaus zieht Rheinmetall in Betracht, Kiew seinen Schützenpanzer Lynx zu verkaufen.

Jürgen Grässlin, Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!" und Bundessprecher der DFG-VK führt dazu aus: *„Lizenzvergaben und die damit verbundenen Exporte von Herstellungsausrüstung und Technologie bedeuten immer, dass die Kontrolle über die im Ausland produzierten Rüstungsgüter komplett abgegeben wird. Weder die Verwendung im Land noch der Export in andere Länder unterliegen dann noch der deutschen Exportkontrolle. Und es ist vollkommen klar, dass die Fabrik früher oder später auch für den Export produzieren wird. Entsprechend muss die Bundesregierung einer Genehmigungsanfrage von Rheinmetall eine klare Absage erteilen."*

Quelle: Aktion Aufschrei, 07.03.2023

Balkan-Connection

Am 5. April war der ungarische Verteidigungsminister Kristóf Szalay-Bobrovniczky zu Besuch in Unterlüß. Hintergrund sind "gemeinsame Projekte": Der Schützenpanzer Lynx soll im ungarischen Zalaegerszeg produziert werden und in Várpalota soll eine Munitionsfabrik gebaut werden.

Beim Erscheinen unserer Zeitung soll eine Rheinmetall-Servicestation in Satu Mare in der Nähe der rumänisch-ukrainischen Grenze bereits in Betrieb sein. Es handelt sich um ein Wartungs- und Logistikzentrum für Panzer, Haubitzen und Militärfahrzeuge, die der Ukraine vom Westen geliefert wurden. Das Wartungszentrum soll Rheinmetall zufolge eine zentrale Rolle dabei spielen, die Einsatzbereitschaft westlicher Kampfsysteme, die in der Ukraine genutzt werden, zu erhalten und ihre logistische Betreuung sicherzustellen. Gewartet werden könnten Kampfpanzer wie der Leopard 2 und der britische Challenger, aber auch Panzerhaubitzen, Schützenpanzer, Transportpanzer oder militärische Lastwagen.

Quelle: Handelsblatt, 03.04.2023

Uni Kassel beendet Kooperation

Die Uni Kassel hat Zum Jahresende 2022 eine Ausbildungskooperation mit den Rüstungsfirmen KMW und Rheinmetall beendet. Hintergrund ist eine seit 2013 bestehende Selbstverpflichtung, dass Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedlichen Zielen dienen sollen. Erst jetzt habe die Uni festgestellt, dass diese „Zivilklausel" auch das duale Studium für Mitarbeitende bei KMW und Rheinmetall betrifft. Beendet worden ist damit das Programm „Studium im Praxisverbund" (Stip), das seit 2003 63 Auszubildende von KMW und seit 2008 32 von Rheinmetall durchlaufen hatten.

„Quartalslüge“ - Winfried Wolf (Lunapark21 zu Rheinmetall)

„Wir sind keine Kriegsgewinnler“

Wir sind keine Kriegsgewinnler, sondern Krisenhelfer.“ So der Vorstandschef des Rüstungskonzerns Rheinmetall, Armin Papperger. [1] Das ist eine ***Quartalslüge***. Wobei nicht nur Rheinmetall, sondern auch Herr Papperger Kriegsgewinnler sind. Inwieweit sie Krisenhelfer im Ukraine-Krieg sind, ist vor dem Hintergrund früherer Rheinmetall-Geschäfte in Russland fragwürdig.

Doch der Reihe nach. Nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn machte die Aktie des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall einen förmlichen Sprung nach oben. Seither erhöhte sich der Börsenwert des Unternehmens um das Zweieinhalbfache. Vergleichbare Gewinne gab es nur noch vom zweiten großen deutschen Rüstungskonzern, von Hensoldt.

Herr Papperger ist persönlich an diesen Gewinnen beteiligt. Erstens weil ihm als Teil seines Managergehalt (2020 und 2021 zusammen mehr als 10 Millionen Euro) zusätzlich Rheinmetall-Aktien zugeteilt werden. Seit 2013 und bis Mitte Februar 2023 waren es exakt 66.906 Rheinmetall-Aktien, was am 17.2.2023 wiederum 16,5 Millionen Euro entsprach. [2] Zweitens, weil Herr Papperger bei seinem anstrengenden Job noch Zeit findet, zum durch Insider-Wissen optimierten Zeitpunkt zusätzliche Rheinmetall-Aktien zu erwerben. Da solche „Eigengeschäfte“ von Vorständen und Aufsichtsräten eines Unternehmens nach Artikel 19 der Europäischen Marktmissbrauchsverordnung meldepflichtig sind, lässt sich dieser Vorgang genau dokumentieren. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete wie folgt: *„Selbst tätig geworden am Aktienmarkt mit Rheinmetall-Papieren ist der Vorstandsvorsitzende ausweislich der ´Manager Transactions´ und der Geschäftsberichte seit 2013 erst im Jahr 2020. Meist hat er ein paar tausend Aktien gekauft, zweimal jedoch mehr als 23.000. Auch dabei war er geduldig und hat bislang starke Schwankungen der Aktie stoisch ausgesessen. […] Verkauft hat er aber keine Anteile, zusammengekommen sind seit Anfang 2020 insgesamt 110.350 Aktien, knapp 9,3 Millionen Euro hat er dafür ausgegeben. Zum Preis von 247 Euro waren die am vergangenen Freitag (*17.2.; LP21-Red.*) rund 27,3 Millionen Euro wert. Zusammengenommen fast 30 Millionen Wertzuwachs verzeichnet Papperger also allein mit seinen Rheinmetall-Aktien – und da sind noch nicht die Dividenden enthalten.“*

Der Rheinmetall-Chef kann in der Öffentlichkeit Erklärungen abgeben, die den Wert des eigenen Aktienpakets mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erhöhen. Und das tut er.

So wenn er Ende Februar äußert, die deutsche Hauptstadt Berlin sei aktuell gegenüber Luftangriffen kaum geschützt. *„Wir hatten zwei Komplettsysteme* (zur Luftverteidigung; d. LP21-Red.)*, die sind im Augenblick in der Ukraine.“* Es handle sich dabei um Systeme des Typs „Skyranger“. Rein zufällig ist der Hersteller dieses Systems Rheinmetall. [3]

So wenn Herr Papperger sagt, Europa könne sich aktuell nicht verteidigen. *„Laut den Planungen müssten wir 500.000 Schuss für Artillerie im Bunker haben – die haben wir bei weitem nicht.“* Rein zufällig ist Rheinmetall entscheidender Lieferant von Munition.

So wenn Herr Papperger äußert, die bislang beschlossenen „Investitionen im Rahmen der Zeitenwende“ seien nicht ausreichend. „200 bis 300 Milliarden“ seien stattdessen nötig. Die entscheidende Erfahrung des ersten Jahres des Ukraine-Kriegs lautet, dass Rheinmetall von dem „Zeitenwende“-Sondervermögen massiv profitiert. Fordert man zusammen mit Verteidigungsminister Boris Pistorius einige Schippen obendrauf, dann wird das zusätzlich förderlich sein.

Papperger sagt auch: „Ich gebe dem Kanzler recht: Die Ukraine darf nicht verlieren.“ Gleichzeitig kritisierte er die Berliner Friedensdemo vom 25. Februar in Berlin mit den Worten: *„Für mich sind Menschenrechte höher einzustufen als Pazifismus.“* [4] Der Mann setzt damit auf einen lang anhaltenden Krieg, was förderlich für Rheinmetall und für das eigene Aktiendepot ist.

Die klare Parteinahme für die Ukraine und für Menschenrechte muss vor dem Hintergrund der jüngeren Konzerngeschichte hinterfragt werden. Rheinmetall hatte 2011 den Auftrag für die Errichtung eines Gefechtszentrums für die russische Armee in Mulino, 350 Kilometer östlich von Moskau, erhalten. Als 2014 nach der Annexion der Krim durch Russland die Exporterlaubnis für dieses Geschäft vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel widerrufen wurde, forderte Rheinmetall vom Bund 120 Millionen Euro Entschädigung. Auf Kritik am Russland-Geschäft reagierte Rheinmetall wie folgt: *„Damals bestanden offizielle Verbindungen zwischen der russischen Armee und der Bundeswehr.“* [5] Dass es vor einem Jahrzehnt *offizielle* Verbindungen zwischen Bundeswehr und der russischen Armee gab, liest man zumindest heute eher selten.

Damit nicht genug. Im zitierten Beitrag wird mit vie-

len Details darüber berichtet, dass es bis 2019 eine Zusammenarbeit zwischen der Rheinmetall-Tochter Rheinmetall Defence Electronic GmbH und zwei weiteren Rheinmetall-Gesellschaften mit Sitz in Russland einerseits und der russischen Regierung andererseits gegeben habe. Ziel sei gewesen, das erwähnte Trainingszentrum für die russische Armee zu Ende zu bauen. Rheinmetall hat diesen Darstellungen widersprochen. Im Übrigen – Stichwort: Menschenrechte – ist Rheinmetall am Jemen-Krieg beteiligt; die italienische Rheinmetall-Tochter RWM S.p.A. lieferte in großem Umfang die entscheidenden Bauteile für Bomben vom Typ MK82 und MK84 über eine Zwischenstation in Abu Dhabi an die kriegführende Allianz bestehend aus u.a. saudischen Truppen. Diese bombardieren im Jemen in großem Umfang zivile Ziele. Die Rheinmetall-Eigenwerbung für den genannten Bombentyp: *„Perfekt für Situationen, die höchste Druck und Explosionskraft erfordern.“* [6]

Sicher ist: Rheinmetall befindet sich auf dem Erfolgspfad. In Ungarn wird eine neue Munitionsfabrik gebaut. In Spanien übernahm Rheinmetall Ende 2022 für 1,2 Milliarden Euro den Munitionshersteller Expal. Pikant dabei: Der ukrainische Präsident Selenksyj hatte im April 2022 in einer Videoansprache vor dem spanischen Parlament die damalige Expal-Muttergesellschaft Maxam als ein Unternehmen bezeichnet, das auch nach Kriegsbeginn in Russland aktiv sei. [7] In Bälde soll Rheinmetall in den DAX, in die Gruppe der 40 größten börsennotierten Unternehmen Deutschlands, aufsteigen.

Zurück zur Quartalslüge: Es gibt hierzulande keinen größeren Kriegsgewinnler als Rheinmetall.

[1] Siehe https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/rheinmetall-ruestungsindustrie-101.html

[2] Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Februar 2023. Dieser Artikel ist auch die Basis für die folgenden Zitate und Zahlen zu Rheinmetall und Pappergers Finanzen.

[3] In: Kölner Stadtanzeiger vom 28. Februar 2023.

[4] Vorausgegangene Papperger-Zitate ebenfalls wie [3]

[5] Nilofar Eschborn, Was geschah in Mulino?, nach: t-online Nachrichten vom 29.8.2022. https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100044886/rheinmetall-in-russland-ein-fragwuerdiges-geschaeft-was-geschah-in-mulino-.html

[6] Siehe, Winfried Wolf, In Kassel konstruiert – in Sardinien produziert – im Jemen explodiert, in: LP21, Heft 36, Winter 2016/17.

[7] Mehr Feuerkraft für Rheinmetall, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. November 2022.

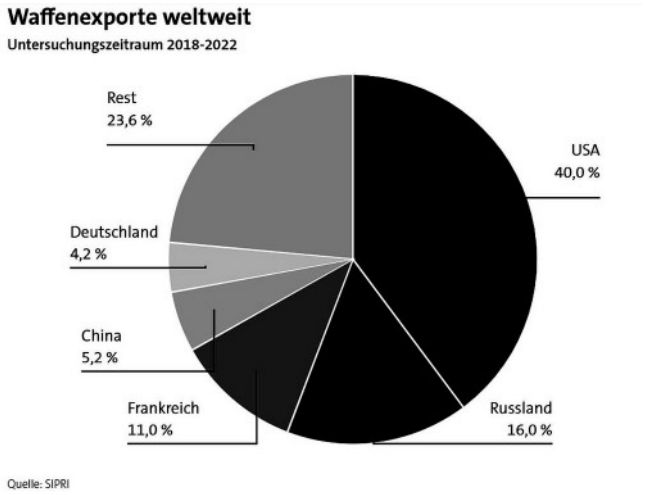
###

Wir bedanken uns bei der Zeitschrift „Lunapark21“ für die Nachdruckerlaubnis. Wir können die Zeitschrift nur empfehlen; zu kaufen gibt’s sie am Celler Bahnhofskiosk. Mehr zur Zeitschrift hiet: https://www.lunapark21.net/l

Waffenexporte: Deutschland weiterhin unter den Top Five

Deutschland ist nach wie vor einer der fünf größten Rüstungsexporteure. Das geht aus den neuesten Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) hervor.

In dem Report vergleicht das SIPRI die Daten von Rüstungsexporten aus dem Fünf-Jahres-Zeitraum 2018 bis 2022 mit den Zahlen des Zeitraums von 2013 bis 2017. Demnach hat Deutschland zwar zwischen 2018 und 2022 35 Prozent weniger Waffen exportiert als im Vergleichszeitraum, es bleibt aber nach den USA, Russland, Frankreich und China einer der Hauptwaffenlieferanten. Zusammen waren diese fünf Staaten für 76 Prozent der weltweiten Waffenexporte im Zeitraum 2018 bis 2022 verantwortlich.



Die meisten deutschen Waffen erhielten Staaten im Nahen Osten (36 %), gefolgt von Staaten in Asien und Ozeanien (32 %) sowie in Europa (20 %). Die Hauptempfängerländer deutscher Rüstungsexporte waren Ägypten (18 %), Südkorea (17 %) und Israel (9,5 %).

Während die Waffenimporte in die Regionen Afrika, Amerika, Asien und Ozeanien sowie Naher Osten insgesamt zwar zurückgingen, stiegen die Importe nach Ostasien und in bestimmte Staaten in anderen Gebieten mit hohen geopolitischen Spannungen stark an. Die fünf weltweit größten Waffenimporteure im Untersuchungszeitraum waren Indien, Saudi-Arabien, Katar, Australien und China. Auffallend ist, dass auch die meisten europäischen Staaten ihre Waffenimporte erheblich gesteigert haben. Die Importe von Großwaffen durch europäische Staaten sind zwischen den Untersuchungszeiträumen um 47 % gestiegen.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 wurde die Ukraine im Jahr 2022 nach Katar und Indien zum drittgrößten Importeur größerer Waffen. Im Zeitraum 2018 bis 2022 liegt sie auf Platz 14. Die maßgeblichen Waffenlieferanten der Ukraine waren von 2018 bis 2022 die USA, Polen und Deutschland.

Die gute Nachricht am Schluss: Das globale Volumen internationaler Waffentransfers ist um 5,1 % gesunken.

Quelle; https://aufschrei-waffenhandel.de/

Thomas Ehrhorn, MdB – evangelisch, verheiratet, Flieger

Halbwahrheiten und Angstmache

Da es Klimaänderungen – so die Sicht der AfD – *„mit oder ohne unser Zutun“* gibt, würden wir mit Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen gerade unsere Freiheit verspielen. Ein Feld, auf dem die Partei damit „punktet“, ist „unser Auto“. Denn *„linke Ideologen“* streben eine *„neue Weltordnung“* an, *„in welcher es das Fahrzeug in Privatbesitz möglichst überhaupt nicht mehr geben soll.“* So jedenfalls der Celler Wahlkreisabgeordnete Thomas Ehrhorn (AfD) am 3. März 2023 im Bundestag (in Auszügen im Kasten unten rechts). **Hier mal eine Kritik:**

Wenn ein Thomas Ehrhorn einfach nur lügen würde, wäre die Sache einfach. Doch die Taktik von ihm und seinen AFD-Kolleg:innen ist viel perfider. Ihr Trick besteht darin, Halbwahrheiten zu verbreiten, objektive Probleme und Missstände, berechtigte und unberechtigte Ängste ihrer Mitbürger:innen aufzugreifen, um dann daraus oft plausible, aber falsche Schlüsse zu ziehen.

Halbe Wahrheiten beim Klimawandel

Angesichts Dürren, Hitzesommern, Waldsterben und Flutwellen trauen sich AFD und Co nicht den Klimawandel zu leugnen, sondern behaupten frech, er sei nicht menschgemacht. Denn in der Erdgeschichte habe es auch ohne menschliche Einwirkung immer starke Klimaschwankungen gegeben. Das stimmt, doch es wird dabei verschwiegen, dass diese Klimaveränderungen entweder immer sehr kurzfristig innerhalb weniger Jahre durch Meteoriteneinschläge oder große Vulkanausbrüche oder sehr langfristig über Jahrtausende z.B. wg. Änderung der Erdachsenausrichtung stattfanden, und dass oft nur einzelne Regionen betroffen waren. Eine kontinuierlich und stetig über 150 Jahre weltweit und relativ schnell zunehmende Erderwärmung hat es dagegen in der Erdgeschichte noch nie gegeben. Übrigens, das sagen nicht nur seit 1988 die über 200 Wissenschaftler aus 66 Ländern im Weltklimarat (IPPCC), sondern bereits in den 1970er Jahren sagten die Experten der Ölkonzerne Shell, Exxon, Total und BP einen durch Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas verursachten Klimawandel voraus. Das ist die ganze Wahrheit.

Wissenschaft ist undemokratisch

Da hat der Ehrhorn recht, denn über die Gültigkeit von Naturgesetzen kann man nicht abstimmen. Derselbe Ehrhorn, der sich tagtäglich beim Drücken des Lichtschalters ganz undemokratisch auf die Gültigkeit des Ohmschen Gesetzes verlässt, bezweifelt die seit Jahrzehnten in der Medizin erkannte und auch von der WHO bestätigte Schädlichkeit von Feinstaub und Stickoxiden. Er erklärt das von der Wissenschaft erkannte Naturgesetz, dass nanogroße Fremdkörper wie Feinstaub im Körper Entzündungen auslösen und dadurch die Lebenszeit verkürzen, einfach als *„nicht belegbare Hypothese“*. Zugegeben, es gibt auch unter den Medizinern einige Pkw-Fans, die mit dem Argument „im Einzelfall lässt sich die Todesursache nicht nachweisen“ jede medizinische Forschung bestreiten. Da darf sich auch der in frischer Landluft lebende Ehrhorn als Medizin-Experte aufspielen und fordert die Abschaffung der „undemokratischen WHO“.

Problem Arbeitsplatzabbau

Das ist ein reales Problem, doch wodurch gehen Arbeitsplätze verloren? In den 1980er Jahren war Deutschland noch Weltmarktführer bei analoger Telekommunikation und mitführend bei der aufkommenden IT-Hard- und Software, doch statt den digitalen Wandel zu erkennen und sich anzupassen, hatten wir tüchtigen Deutschen ja Maschinenbau, Automobilbau und Chemieindustrie. Heute sind hunderttausende Arbeitsplätze in der Telekommunikations- und IT-Industrie weggefallen und auch

Seit mindestens drei Jahrzehnten tobt nun schon der verbissene – fast möchte man sagen: hasserfüllte – Kampf linker Ideologen gegen das Automobil, gegen eine der größten Errungenschaften des Industriezeitalters. Die Euro-7-Norm ist dabei nur [...] ein weiterer Schachzug in diesem perfiden Spiel. Bleibt sie in der jetzigen Form erhalten, bedeutet sie das endgültige Aus des Verbrennungsmotors in Deutschland und in Europa. Für die deutsche Autoindustrie bedeutet das die Vernichtung von 300000 bis 400000 Arbeitsplätzen. [...]
Es ist [...] der Versuch, uns eine neue Weltordnung aufzuzwingen, in welcher es das Fahrzeug in Privatbesitz möglichst überhaupt nicht mehr geben soll. „Ihr werdet nichts besitzen und werdet glücklich sein“, das ist offenkundig der Leitspruch einer selbsternannten, arroganten und unverschämten Finanzelite nach dem Wahlspruch: Kaum bezahlbare Elektro-SUVs für uns und für euch, den Pöbel, Lastenfahrräder. [.]
So erreichen all die an diesem Vernichtungsfeldzug beteiligten Akteure Schritt für Schritt ihre Ziele. Das funktioniert dann zum Beispiel folgendermaßen: Die Weltgesundheitsorganisation WHO, von niemandem gewählt, durch nichts auf der Welt demokratisch legitimiert, gibt auf der Basis von unbeweisbaren Hypothesen neue Empfehlungen für die Luftreinhaltung heraus, natürlich – wen könnte es überraschen? – mit drastisch abgesenkten Grenzwerten. [...] Wie durch ein Wunder liegt über Nacht eine Begründung vor, selbst die saubersten Euro-6-Diesel aus unseren Städten zu verbannen – eine weitere lang ersehnte Rechtfertigung für die schon lange vorher festgelegte und angestrebte autofreie Stadt. [...]
Die natürlichen Klimaänderungen wird es derweil aber weiter geben, und zwar mit oder ohne unser Zutun.

der treudeutscheste AFDler nutzt das Smartphone aus China. Und er müsste ohne amerikanische und chinesische Technologie auf seine Hetze in den (a)sozialen Medien verzichten. Nachdem 2014/2015 die CDU-Regierung – ganz im Sinne der AFD – die Energiewende abbremste, gingen ca. 200.000 Arbeitsplätze im Bereich Photovoltaik und Windkraft verloren, und heute hängen wir auch in diesem Bereich an China. Kein Problem, meint der weltfremde AFDler: Erneuerbare Energie brauchen wir sowieso nicht, verbrennen wir eben weiter deutsche Braunkohle, deutsches und russisches Erdgas, bzw. Kernbrennstäbe aus russischem Uran in deutschen AKWs. Ja, in China werden bereits Millionen E-PKW produziert und Ehrhorn und seine Wähler:innen träumen weiter vom Verbrenner.

Missstand asoziale Energie- und Verkehrspolitik

Es stimmt, die Preise für E-PKW sind so hoch, und auch die Preise für Verbrennungs-Pkws und die Treibstoffe sind so stark gestiegen, dass 50% der deutschen PKW-Besitzer:innen befürchten, sich keinen PKW mehr leisten zu können. Und die deutschen Hersteller verkünden ganz offen die Konzentration auf das Luxussegment. Was macht die AFD? Setzt sie sich etwa für den Ausbau des ÖPNV und für billige auch für Geringverdiener erschwingliche Tickets ein? Auch die steigenden Energiepreise für Heizung und Strom werden – bei immer weiter steigenden Mieten und Lebensmittelpreisen – für über 50% der Bevölkerung zu einem immer größeren Problem. Immer mehr Bürger:innen befürchten zurecht, dass eine Umstellung ihrer Gas- oder Ölheizungen auf Wärmepumpe genauso wie die Dämmung ihrer Gebäude sie finanziell überfordert. Auch viele Mieter:innen fürchten sich vor dadurch zusätzliche steigende Mieten. Und was macht die AFD? Fordert sie mehr sozialen Wohnungsbau, Deckelung der Mieten, Staffelung der Strompreise nach Verbrauch, billigen Strom für Wärmepumpen und massive Zuschüsse und zinslose Darlehen für Normal- und Geringverdiener bei energetischer Gebäudesanierung? Von wegen, stattdessen ist die AFD für ein Ende der Energiewende und ein „weiter-wie-bisher“ beim Wohnen und Heizen. Was sie verschweigt: Die Immobilienpreise und die Kosten für fossile Energien werden auch beim Stoppen der Energiewende weiter steigen und immer mehr ihrer verblendeten Wähler:innen in die Armut treiben. Nur ein Umstieg auf die kostenlosen Primärenergien Sonne und Wind kann bei entsprechender staatlicher Regulierung mittel- und langfristig die Energiekosten für uns alle senken.

Angstmache als Wählerfang

Wie gesagt, die Zukunftsängste vieler Bürger:innen sind berechtigt. Doch statt auf echte Lösungen zu dringen, heizt die AFD diese Ängste noch an. Ein bewährtes Konzept des Wählerfangs, das bereits einmal vor 90 Jahren, statt in eine bessere Zukunft für Millionen Menschen ins Elend führte.

Ariadne-Analyse:
Klimaschutz - lokal gedacht

"Geographische und zeitliche Unterschiede in der Zustimmung zu Klimaschutzpolitik in Deutschland" lautet der Titel einer Publikation des Forschungsverbunds Ariadne, in der auf Grundlage von Umfragen die Zustimmung von 26 Klimaschutzmaßnahmen auf regionaler Ebene geschätzt wurden. Wir haben mal geschaut, was dabei für den Landkreis Celle herausgekommen ist.

Im Landkreis Celle stimmten nur 55 % (2017) bzw. 49 % (2019) dem Item "Glauben an den menschengemachten Klimawandel" zu (in Niedersachsen 58 bzw. 53 %). Klar, dass dann die Zustimmung zu "Sympathie mit Fridays For Future Protesten" nur bei 45 % (2019) lag.

Die Zustimmung zur Energiewende wird bei den meisten Fragen von deutlich mehr als einem Drittel der Befragten unterstützt. Einige Beispiele jeweils für die Jahre 2017/2018/2019/2021:

Jahr	17	18	19	21
Ausbau von Windenergie an Land	46	63	66	78
Solaranlagen auf Hausdächern	82	83	84	92
Ausbau Erneuerbarer Energien	84	84	85	84
Kohleausstieg		67	68	71
Heizen mit Erdwärme	75	74	83	78
Einbauverbot für Ölheizung				70
Einbauverbot für Gasheizung				30

Hoch ist auch die Zustimmung zu Verkehrsalternativen:

Ausbau des ÖPNV			90	84
Ausbau der Fahrradinfrastruktur			76	78

Ganz anders sieht es aus bei Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs:

Verbrennerverbot ab 2030		23	15	26
Tempolimit auf Autobahnen			47	50

Und klar, die Leute scheuen die Kosten, die auf sie zukommen könnten und befürworten Fördermaßnahmen:

Subventionen für E-Autos			36	47
Förderung von Sanierungsmaßnahmen				77
Subventionen für den Austausch von fossilen Heizungsanlagen				82
Kostenlose Energieberatungen				89

Zur Studie, Methodik und vergleichenden Ergebnissen:

https://ariadneprojekt.de/

Die Bühne zwischen Sein und Schein

Noch vor wenigen Jahren ein Kandidat für das Weltkulturerbe knirscht es gegenwärtig kräftig im Gebälk des deutschen Stadttheaters. Künstlerische Freiheit versus Partizipation lautet das Thema und die Allmacht der (überwiegend männlichen Intendantur) wird befragt. Einige Beschäftigungsverhältnisse – aus Göttingen und Leipzig – haben es bis in den Spiegel geschafft, und zuletzt erging ein bühnenschiedsgerichtliches (auch eine Welt für sich, diese separate Gerichtsbarkeit) Urteil, nach welchem die Kündigung eines Schauspielers in Naumburg unwirksam sei und das Arbeitsverhältnis für zwei weitere Jahre fortbestehe, das Hausverbot allerdings wirksam bleibe. Schilda lässt grüßen!

In Celle ist Ruhe, oder?

Das Schlosstheater produziert im Vergleich zu anderen Häusern in Norddeutschland nicht eben wenig; und siehe da: Es ist in den letzten Monaten bei einigen Produktionen gar nicht so einfach gewesen, akzeptable Plätze zu bekommen (*Ewig jung / Außer Kontrolle*). Die Nebenbühne in Halle 19 ist eigenen Beobachtungen zufolge weitgehend gut bis sogar sehr gut besucht (*Fleisch ist mein Gemüse / Wunschfunk Celle*, Foto unten); jedoch ist zuweilen die „heiße Nadel“ sehr zu bemerken, wenn

Fotos: Marie Liebig

Stücke erst nach der Premiere spielreif zu werden scheinen; - zu viele sogenannte On-Fahrten bei technischen Verwandlungen oder das bedauerliche Fehlen einer adäquaten Choreografie für den -ausgezeichneten!- Lars Fabian beim interaktiven Projekt seien hier einmal genannt.

Doch das ist verzeihlich. Bemerkenswert ist der Mut solch ein sperriges Projekt wie *Vater* von Florian Zeller auf die Hauptbühne zu bringen. Verena Saake und Jürgen Kaczmarek (Foto rechts) gestalten einen berührenden, angreifenden Theaterabend.

Da ist es also wieder das alte Modell:

Die Masse könnt ihr nur durch Masse zwingen,
Ein jeder sucht sich endlich selbst was aus.
Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen;
Und jeder geht zufrieden aus dem Haus.

Und gespannt sind wir – in Erinnerung an die Wendungen des Hauses anlässlich der Gastgeberschaft einer Landtagswahlkampfdiskussion – wie das Schlosstheater sich bei der englischen Politsatire *Fracking for Future* (UA 2016!) positionieren wird. Der Inhalt: Prospektoren eines Energieunternehmens haben die Kavallerie vorausgeschickt, eine smarte PR-Agentur, die die Bewohner:innen eines Dorfes schon einmal sturmreif für die Pläne zur lokale Gasförderung per fracking schießen soll. Jedoch erhebt sich unerwartet lokaler Widerstand in Gestalt einer pensionierten Professorin, welche ungewollt gar noch zur Widerstandsfigur gerät – im Original der sprechende Untertitel: *don’t use the f-word* -- very british! Bestätigt sich ein altes Klischee? Deutsche Dramatik ist klug, die französische charmant , die britischen Bühnenautor*innen jedoch verfügen über einen gnadenlosen Witz! Dem älteren Ehepaar Elisabeth und Jack – sie energisch, er ein wenig betulich und auf Kriegsfuß mit den neuen Medien- steht die mittelalte Jenny zur Seite. Eine professionelle Aktivistin, im Gefolge deren blutjunger (!) gegenwärtiger Verehrer Sam.

Auf der Gegenseite u.a. Hal, Geschäftsführer von „Deerland Energy“ – zuletzt ein Unternehmer nicht ganz ohne Skrupel und schließlich das A***loch des Settings der durchtriebene, übergriffige Joe, Ende 30, vermeintlich im Besitz sämtlicher feinen und unfeinen Tricks und Kniffe um ein Projekt – im Wesentlichen Immer: die eigene Karriere - durchboxen zu können.

Alistair Beatons Posse läuft von Rendsburg bis Trier (eine Inszenierung des ehemaligen Celler Spielers L. Wenzel) und braucht keinen Vergleich mit Michael Frayn zu scheuen. Gnadenlos komisch, äußerst klug und charmant zugleich; - anschauen !! GEPUNKT

RWLE Möller Stiftung veranstaltete Treffen von Übersetzer:innen mit „Celle-Bezug“

Fährleute im Sprachfluss

Welch hohe Kunst das Übersetzen ist, wird am Deutlichsten im Scheitern. Wer sich schon mal auf mehrsprachig besetzten Konferenz-Panels in die Simultanübersetzung „eingeschaltet“ hat, dürfte wissen, wovon die Rede ist. Es genügt nicht, alltagstauglich eine Sprache zu beherrschen, um ad hoc Thesen zur kritischen Theorie oder der Klimakatastrophe angemessen zu übersetzen. Und selbst, wer auf sehr gutem Niveau englisch spricht, wird bei Kendrick Lamars Rap im ersten Zugriff gerade mal verstehen, worum es geht.

Literarisches Übersetzen – und darum ging es bei dem Veranstaltungswochenende der RWLE-Möller-Stiftung im März – hat dann nochmal andere Voraussetzungen und Bedingungen. Oskar Ansull brachte mit dem schönen Bild von den „Fährleuten im Sprachfluss“ einige Dimensionen zusammen. Und unsere Vorstellungen von und Urteile über Weltliteratur hängen engstens damit zusammen, was – und auch wie übersetzt wird. Susanne Fischer von der mitveranstaltenden Arno-Schmidt-Stiftung zitierte in ihrer Begrüßungsansprache hierzu aus einem Cartoon: *„Das Buch musst Du in der Übersetzung von Harry Rowohlt lesen. Im Original geht da viel verloren.“*

In der Eröffnungsveranstaltung im Rittersaal gab Oskar Ansull einen Überblick über 300 Jahre Celler Fährleute. Der Vortragstext *„Von Oedipus zu Zettel’s Traum“* ist in der parallel erschienenen 13. Ausgabe der „celler hefte“ nachlesbar. Im zweiten Vortrag des Abends erfuhren die Besucher:innen von Friedhelm Rathjen pointenreich mehr über *„Arno Schmidt als Übersetz(t)er“*.

Ja, der als unübersetzbar geltende Schmidt wird nicht nur übersetzt, er hat auch übersetzt – zumeist als „Brotarbeit“ (z.B. Wilkie Collins’ „Die Frau in Weiß“, Vorlage für einen sehr erfolgreichen TV-Dreiteiler Anfang der 1970er Jahr), aber auch mit und aus Interesse (wie Edgar Allen Poe). Schmidt selbst ist inzwischen in 33 Sprachen zu lesen. Für einen Übersetzer, nämlich den kürzlich verstorbenen John E. Woods, ist die Arbeit an Schmidt zum (von Reemtsma bezahlten) Lebenswerk geworden – auch „Bottom’s Dream“, wozu bei ihm „Zettel’s Traum“ wird --- was DeepL uns als „Traum von unten“ zurückübersetzt. Schmidt Verkaufszahlen im englischsprachigen Raum bleiben aber überschaubar, was Rathjen folgende Schlussfolgerung entlockte: *„Erfolg in einer anderen Sprache ist nicht abhängig von der Qualität der Übersetzung.“*

Äußerst unterhaltsam verlief das Gespräch von fünf mit Celle verbundenen Übersetzer:innen am Folgetag in „Kunst & Bühne“: Claudia Ott, Friedhelm Rathjen, Werner Schmitz, Silvia Morawetz und Nicola Denis (siehe Foto v.l.n.r.)

Die Wege zum hauptberuflichen Übersetzen haben erstaunlicherweise bei ihnen Überschneidungen. Rathjen, Denis und Ott sehen ihr Interesse in einer Zweisprachigkeit fundiert, wobei es sich um ein Aufwachsen in einem Dialekt-Umfeld handelt. Claudia Ott schilderte, wie sie als Kind die Zahlen eins bis zehn tabellarisch mit den plattdeutschen Pendants versah. Und im Nachlass eines Übersetzers von „Tausendundeine Nacht“ fand sie erstaunlicherweise eine ganz ähnliche Notiz.

Ansonsten, wie sollte es anders sein: ein Interesse an Literatur, aber auf krummen Wegen, z.B. der Ärger über misslungene Übersetzungen.

Die Frage, ob ein Roman in seiner übersetzten Fassung besser werden kann, fand überwiegend bescheidene Antworten. Rathjen meinte, im Idealfall könne ein eins zu eins erreicht werden. Schmitz dagegen betont die übersetzerische Urheberschaft: *„Man macht ein Buch aus einem anderen.“* Aber dabei ,so Morawetz, gehe es immer darum, dasselbe zu sagen, aber mit anderen Worten. Und dabei, so Denis, für jede:n Autor:in einen eigenen Sound zu finden, so dass in der Übersetzung gerade nicht der/die Übersetzer:in zu erkennen sein.

Spannend war auch, wie sich die „Fährleute“ hinsichtlich der Veränderungen im jeweils übersetzten Sprachraum auf dem Laufenden halten. Wer „Klassiker“ übersetzt ist da fein raus, denn da helfen im Zweifel alte Wörterbücher. Nur was ist mit dem modernen Roman?

Foto: Wolfgang Heermann

Morawetz betonte, dass es „ein ständiger Kampf“ sei. Aber klar: Film und Fernsehen hilft, um Entwicklungen von Sprache mitzubekommen. Rechercheaufwand sei vor allem bei Abkürzungen oder Slang zu treiben.

Zu kurz kam vielleicht das Thema, wie „Künstliche Intelligenz“ oder schon Übersetzungs-Tools wie DeepL das „Geschäft“ verändern.

Alle drei Publikums-Veranstaltungen waren (unerwartet) sehr gut besucht – auch die abschließende Lesungs-Matinee im Schlosstheater, die aber (weil „Matinee“) für die Langschläfer (DeepL = long sleeper) unseres Feuilletons zu früh angesetzt war.

Mehr Kulturbanausigkeit legten leider die Repräsentant:innen von Stadt und Kreis an den Tag, die sich genauso wenig blicken ließen wie die Cellesche Zeitung. Die räumte der Vorschau so viel Platz ein, dass für eine Berichterstattung wohl keine Zeile mehr übrig war (und so CelleHeute mit einem schönen Artikel von Anke Schlicht das Feld überließ.)

Ergänzend zu den Publikumsveranstaltungen gab die RWLE Möller-Stiftung den Übersetzer:innen die Gelegenheit zum fachlichen Austausch im Möller-Haus in der Zöllnerstraße.

Hinzuweisen ist an dieser Stelle selbstverständlich noch auf das

celler heft 13 / Über-setzen. Fährleute im Sprachfluss

48 Seiten, 5 Euro, erhältlich in allen Celler Buchhandlungen oder bestellbar per Mail bei: info@cequi-edition.de

Welche besonderen Probleme verursachen literarische Übersetzungen?

Das war unsere Frage an ChatGPT. Und wir bekamen eine Antwort, die – ein bisschen angereichert mit Beispielen – die Struktur für einen Proseminar-Schein abgeben könnte, oder?

Literarische Übersetzungen stellen besondere Herausforderungen dar, da sie nicht nur die wörtliche Bedeutung der Wörter und Sätze erfassen müssen, sondern auch den Stil, die Stimmung und die Nuancen der Originalsprache wiedergeben müssen. Hier sind einige besondere Probleme, die bei literarischen Übersetzungen auftreten können:

1. Kulturelle Unterschiede: Die kulturellen Unterschiede zwischen der Sprache des Originalwerks und der Zielsprache können eine präzise Übersetzung erschweren, insbesondere bei literarischen Werken, die auf spezifische kulturelle Hintergründe oder Traditionen Bezug nehmen.
2. Wortspiele und Wortspitzen: Literarische Werke verwenden oft Wortspiele, Wortspitzen und ähnliche Techniken, die schwer zu übersetzen sind, ohne die Bedeutung und die Wirkung des Originals zu verlieren.
3. Rhythmus und Klang: Die Sprache eines literarischen Werks kann sich auf den Rhythmus und Klang des Textes auswirken, was eine Übersetzung erschwert, insbesondere wenn der Originaltext Gedichte oder Lieder enthält.
4. Figurative Sprache: Figurative Sprache, wie Metaphern, Vergleiche und Symbolik, sind in der Literatur weit verbreitet. Diese können kulturell und sprachlich bedingt sein, und ihre Übersetzung erfordert ein tiefes Verständnis der Originalsprache und ihrer kulturellen Implikationen.
5. Dialekte und regionale Unterschiede: Dialekte und regionale Unterschiede können eine Herausforderung darstellen, da sie oft sehr unterschiedlich sind und in der Zielsprache möglicherweise nicht existieren.
6. Autorenstil: Jeder Autor hat seinen eigenen Stil, der schwer zu reproduzieren sein kann. Die Übersetzung muss daher den Stil des Autors so gut wie möglich wiedergeben.
7. Verzerrungen und Interpretation: Jede Übersetzung ist zwangsläufig eine Interpretation des Originalwerks. Die Bedeutung und Stimmung des Originals können daher leicht verzerrt werden, wenn der Übersetzer nicht in der Lage ist, eine präzise Interpretation zu liefern.

Insgesamt erfordert die Übersetzung literarischer Werke ein tiefes Verständnis der Originalsprache und Kultur sowie eine Fähigkeit zur kreativen und präzisen Wiedergabe der Bedeutung und des Stils des Originalwerks in der Zielsprache.

Starke Frauen – Virginie Despentes & Pia Klemp

Neues aus der Stadtbibliothek

Liebes Arschloch

Es ist ja nicht so, dass es nach Goethes „Die Leiden des jungen W.“ keine Briefromane mehr gegeben hat. Trotzdem dem ist ein bisschen überraschend, dass dieses Format gerade zwei neue Romane prägt: Juli Zehs und Simon Urbans *„Zwischen Welten“* wie auch *„Liebes Arschloch“* von Virginie Despentes. Und selbstverständlich sind es in beiden Fällen nicht Tinte und Papier, sondern der Gedankenaustausch läuft über email, messenger oder blogs.

Die französische Schriftstellerin hatte ja zuletzt mit der tempo- und zeitgeistreichen Romantrilogie „Das Leben des Vernon Subutex“ in Deutschland viele Leser:innen gewonnen. Mit „Liebes Arschloch“ wird sie diese nicht verlieren. Denn Despentes macht was sie kann: Über ihre spannenden Figuren Themen der Zeit reflektieren. Diesmal geht’s um #Metoo als Auslöser, Wege zu drogenfreiem Leben (u.a. in der Lockdown-Zeit), selbstverständlich um Herkunftsfamilien und Beziehungen … und viele andere große und kleine Dinge des Lebens. Na gut, nicht des Lebens „normaler Leute“, denn der männliche Protagonist ist ein erfolgreicher Romancier Mitte 40, die weibliche Haupt-Protagonistin eine mal sehr erfolgreiche Schauspielerin knapp über 50. Dazu kommt eine etwa 30-jährige Bloggerin, die die Übergriffe des Schriftstellers geoutet hat, den sie mal als Verlagsmitarbeiterin betreute. - Klingt irgendwie langweilig, denke ich gerade … ist der Roman aber nicht.

Foto: Jean-François Paga

Despentes, Virginie: Liebes Arschloch. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2023, 336 Seiten, Standort: Bestseller Roman

Wutschrift

Pia Klemp, Feministin, Kapitänin und Seenotretterin, fragt in ihrem Buch „Wutschrift. Wände einreißen, anstatt sie hochzugehen“, warum wir zuschauen, wie jeden Tag Menschen sterben, ganze Arten ausgerottet werden, Krieg, Terror und Hunger stattfinden – und das alles in einem unfassbaren Tempo. Und wir reagieren nicht emotional oder zornig, sondern erstellen lieber Excel-Tabellen. Warum? Wütenden wird unterstellt, nicht gesprächsbereit, konfliktfähig und reflexionsbereit zu sein. Es gilt als verrückt oder boshaft. Und wer darf wütend sein? Frauen schon mal gar nicht. Machtlose, Unterdrückte, Frauen könnten sich einfach nicht benehmen, heißt es, wenn sie ihre Wut heraus lassen. Wut ist gewissermaßen das moralische Eigentum weißer Männer. - Pia Klemp stellt all das in Frage. Sie findet, wir müssen endlich weniger Energie darauf verwenden, Ausflüchte und Entschuldigungen zu finden, sondern unsere Energie dafür freisetzen, die Probleme klar und deutlich zu benennen.

Sie thematisiert den grassierenden Rassismus, noch nicht erreichte Gleichberechtigung, die europäische Grenzpolitik und Umweltzerstörung.

Foto: Chris Grodotzki

Unbequem zu sein und es damit auch oft selbst unbequem zu haben, wäre die ehrliche Antwort auf eine brutale Realität.

Klemp, Pia: Wutschrift. Wände einreißen, anstatt sie hochzugehen. Ullstein, München 2022, 192 Seiten, Standort: Soz 135 / Aktuell

… und noch ein paar Neuerwerbungen

Elsberg, Marc: °C – Celsius. Blanvalet, München 2023, 512 Seiten, Bestseller Romane

Köhlmeier, Michael: Frankie. Hanser, München 2023, 205 Seiten, Bestseller Romane

Setz, Clemens J.: Monde vor der Landung. Suhrkamp, Berlin 2023, 519 Seiten, , Bestseller Romane

Zeh, Juli und Simon Urban: Zwischen Welten. Luchterhand, München 2023, 443 Seiten, Bestseller Romane

###

Chakrabarty, Dipesh: Das Klima der Geschichte im planetarischen Zeitalter. Suhrkamp, Berlin 2022, 443 Seiten, Phil 169, SoP 2095

Charbonnier, Pierre: Überfluss und Freiheit. eine ökologische Geschichte der politischen Ideen. S. Fischer, Frankfurt am Main 2022, 506 Seiten, Neuerwerbungen Sachbuch

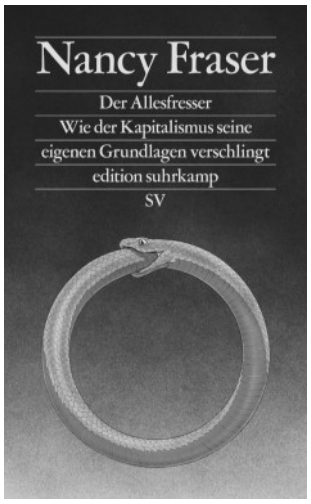
Chomsky, Noam und Marv Waterstone: Konsequenzen des Kapitalismus. Der lange Weg von der Unzufriedenheit zum Widerstand. Westend, Frankfurt/Main 2022, 464 Seiten, Neuerwerbungen Sachbuch

Cruschwitz, Julia und Carolin Haentjes: Femizide. Frauenmorde in Deutschland. Hirzel, Stuttgart 2022, 216 Seiten, Neuerwerbungen Sachbuch

Dahn, Daniela: Im Krieg verlieren auch die Sieger - nur der Frieden kann gewonnen werden. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 2022, Bestseller Sachbuch

Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt

Nancy Fraser über Cannibal Capitalism



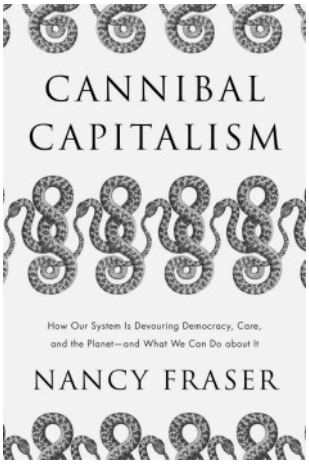
Kapitalismus ist nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Gesellschaftsform. Von dieser Grundlage aus beschreibt die US-amerikanische Politologin Nancy Fraser, wie dieses System Demokratie, Fürsorge und den Planeten verschlingt und *„was wir dagegen tun können“* – so eine Übersetzung des Untertitel des Originals.

Für theorie-affine Linke ist das jetzt nicht neu, aber: Nancy Fraser gelingt, was sie in einem Interview mit dem Magazin *Jacobin* als Prämisse ihrer Arbeit benannte: eine kohärente und überzeugende Gegenerzählung anzubieten, mit der sich sich viele Menschen für einen emanzipatorischen Wandel gewinnen lassen.

„Wie der Ouroboros, der seinen eigenen Schwanz frisst, ist die kapitalistische Gesellschaft darauf ausgerichtet, ihre eigene Substanz zu verschlingen. Sie ist ein wahrer Dynamo der Selbstdestabilisierung, der regelmäßige Krisen auslöst, während er routinemäßig, die Grundlagen unserer Existenz auffrisst.“

Dieses Bild trifft das Gefühl vieler Menschen in den Metropolen der früh industrialisierten Staatenwelt – vor allem hinsichtlich der Klimakatastrophe. Mit dem Blick auf die US-amerikanische Gesellschaft und den globalen Süden könnte sie aber auch unsere Perspektive auf Rassismus, Sorge-Arbeit und „Demokratie“ erweitern.

Die radikale Linke in Deutschland hat ja spätestens seit Klaus Viehmanns Text *„Drei zu Eins: Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus“* aus dem Jahr 1990 eine Ahnung davon, dass es eine mehrfache und gleichzeitige Unterdrückung bzw. Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen, ethnischen und klassenspezifischen Zugehörigkeit gibt (*„Triple Oppression“*). Theoretiker:innen der Partei „Die Linke“ knüpften vor gut zehn Jahren insoweit daran an, als sie die Idee einer *„Mosaik-Linken“* propagierten, die aus der Integration dieser verschiedenen Unterdrückungen in einem gemeinsamen Projekt verbinden wollten.



Die Idee wurde im realpolitischen Raum von Sarah Wagenknecht als „Lifestyle-Linke“ denunziert, was die Partei gerade so unattraktiv macht für alle, die an gesellschaftlicher Transformation interessiert sind.

Wenn Marx/Engels vor 175 Jahren im *Kommunistischen Manifest* schrieben: *„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“*, präzisiert Nancy Fraser dahingehend: Die „Grenzkämpfe“ gegen Rassismus, gegen Sexismus, gegen die Ausbeutung von Natur *„prägen die Struktur kapitalistischer Gesellschaften in entscheidendem Maße.“* Schauen wir auf die einzelnen *„Hintergrundgeschichten“*, die sie analysiert.

Warum ist der Kapitalismus strukturell rassistisch? *„Hinter Manchester liegt Mississippi“*, so Nancy Fraser – und das nicht bloß in historisch-materialistischer Analyse. Kapitalakkumulation besteht immer in Exploitation (Ausbeutung) <u>und</u> Expropriation (Enteignung). Ausgebeutet werden „Weiße“ (Lohnarbeiter:innen), bei den (zusätzlich) Enteigneten handelt es sich bis heute fast ausnahmslos um People of Color. *„Praktisch alle nichtbesitzenden Menschen in den Postkolonien werden [heute] über Staatsschulden enteignet“*.

Der Kapitalismus ist angewiesen auf unbezahlte Reproduktionsarbeit – auch Care-Ökonomie oder Fürsorge-Arbeit. In unterschiedlichen Phasen kapitalistischer Entwicklung hat dies zu Konflikten und Kämpfen geführt, die in der Tendenz Emanzipationsbestrebungen von Frauen beförderten. In der aktuellen Phase des Finanzkapitalismus tut sich nach Auffassung Frasers erneut eine „Betreuungslücke“ auf. Die soziale Reproduktion gerät dabei, so Frasers These, von zwei Seiten unter Druck: Auf der einen Seite würden soziale Schutzmechanismen ausgehöhlt, auf der anderen Seite würden Frauen in die Lohnarbeit gedrängt (bzw. diese für sie geöffnet). Der Bereich der Produktion zeige sich dabei *geschlechtsegalitär*, die Reproduktion würde gleichzeitig als *„rückständiger Rest“* markiert. Ihre Perspektive scheint hier sehr us-amerikanisch geprägt, weil dort Kinderbetreuung und Altenpflege in weit geringerem Maße als staatliche Aufgabe betrachtet werden. Interessant ist ihre Beobachtung, dass – im Unterschied zum Fordismus – heute ein (in der Regel männliches) Einkommen zur Reproduktion einer Familie nicht mehr reicht, d.h.: Die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden pro Haushalt, die für den Unterhalt einer Familie erforderlich sind, ist trotz aller Produktivitätsfortschritte nicht gesunken, sondern gestiegen ist Und

durch diese Mehrbelastung entsteht eine „Betreuungslücke“, die in den USA geschlossen wird durch Arbeitsmigrantinnen, die dann ihrerseits vor den gleichen Problemen stehen. Nancy Fraser geht es dabei nicht darum, die alte Hausfrauenehe zu adeln. Worum es ihr aber geht, ist die Bedeutung der Care-Arbeit eben nicht nur für das Kapital, sondern im Gegenteil für eine andere Gesellschaftsordnung hervorzuheben.

Das vom Umfang und Bedeutung wichtigste Kapital hat die Überschrift: *„Die Natur im Rachen: Warum Umweltpolitik ökotrophologisch und antikapitalistisch sein muss“*. Der ökologische Widerspruch im Herzen der kapitalistischen Gesellschaft besteht darin, dass die kapitalistische Wirtschaft *„systemisch darauf ausgerichtet ist, von einer Natur zu profitieren, die sich nicht wirklich unbegrenzt selbst erneuern kann“*. *„Der Kapitalismus. Der die Natur gleichzeitig braucht und vernichtet, ist auch in dieser Hinsicht ein Kannibale, der seine eigenen lebenswichtigen Organe verschlingt.“*

Um die ökologische Krise begrenzen zu können, braucht es – aus Frasers Sicht – also eine klar antikapitalistische Politik. Die sieht sie bei den meisten Bewegungsansätzen bisher nicht. Wir müssen uns über folgendes klar werden:

„Das System gibt Kapitalisten Motiv, Mittel und Gelegenheit, den Planeten zu plündern und zu verwüsten. Sie, und nicht die Menschen im Allgemeinen, haben uns den Klimawandel beschert – aber nicht aus Zufall oder schlichter Gier. Vielmehr ist die Dynamik, die ihr handeln bestimmt und zu diesem Ergebnis geführt hat, in die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft selbst eingebrannt.“

Das erläutert sie stimmig: strukturell, historisch und politisch. Aber was verbirgt sich hinter dem Begriff *„ökotrophologisch“*?

Fraser – und das ist der Grundtenor ihres Buches – insistiert darauf, dass die ökologischen Bewegungen sich mit den „Grenzkämpfen“ um Antirassismus, soziale Reproduktion und „Demokratie“ zu einem gegen hegemonialen Projekt zusammenfinden müssen.

Der letzte Zusammenhang, den sie untersucht, ist die „Krise der Demokratie“. Ihre Diagnose: Der Finanzkapitalismus erzwinge eine Ära des „Regierens ohne Regierung“, also eine Herrschaft ohne das Feigenblatt demokratische Zustimmung, geprägt durch transnationale Strukturen, die niemandem Rechenschaft schuldig sind und überwiegend im Interesse des Kapitals handeln. Der erfolgreiche Rechtspopulismus biete keine Lösungen, sondern stecken mit den Kräften unter einer Decke, die die globalen Probleme verursacht hätten.

Im letzten Kapitel entwickelt Fraser Ideen dahingehend, was „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ bedeuten könnte:

„Er muss eine neue Gesellschaftsordnung erfinden, die nicht „nur“ die Klassenherrschaft überwindet, sondern auch die Asymmetrien zwischen den Geschlechtern, die rassistische/ethnische/imperialistische Unterdrückung und die politische Herrschaft in den unterschiedlichsten Bereichen.“

Das ist ja auch Bestandteil theoretischer Diskussion in Deutschland. Fraser Buch kann trotzdem bereichernd wirken, und zwar weil weil sie aufmerksam macht auf die Möglichkeit gesellschaftliche Dynamik durch sich verbindender „Grenzkämpfe“. Denn so bietet sie eine Perspektive gegen die Vorstellungen einer Totalität des Kapitalismus, die sich in dem Satz des Philosophen Frederic James ausdrückt: *„Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus.“*

Aber klar – und so endet das Buch: *„Doch jetzt kommt der schwierige Teil: die Umsetzung dieser Lektion in die soziale Praxis. Es ist an der Zeit, endlich herauszufinden, wie man die Bestie aushungern und dem kannibalistischen Kapitalismus ein für alle Mal ein Ende machen kann.“*

Nancy Fraser: Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Suhrkamp Berlin 2023, 282 Seiten, 978-3-518-02983-1, 20 EUR

Mit "Statt über Bäume reden, Bäume pflanzen" hetzt die Stadt derzeit gegen die Baumschützer. Bäume pflanzen ist zwar gut, doch wenn statt vorhandene Bäume zu erhalten, zehntausende Bäumchen gepflanzt werden, die dann schon nach wenigen Jahren wieder verdorren, wird Baumpflanzen zum üblen Feigenblatt.

Damals wie heute – Kampf um gleiche Rechte

In den 70er, 80er und 90er Jahren war es anders als heute, nicht leicht möglich Informationen, bspw. über das Internet, offen und einfach zu verbreiten. Als Aktivist:innen der „Feministischen Organisierung: Gemeinsam kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie“ recherchierten, was es in den letzten Jahrzehnten in Celle an feministischer und frauenbewegter Aktivität gab, stießen sie schnell an Grenzen. Sie waren überzeugt, dass es mehr gegeben haben muss und fragten herum. So kam über persönliche Kontakte eine Gruppe von Frauen zusammen, die teils seit den 70ern in Celle frauenbewegt aktiv waren und die sich darüber freuten, dass das heute Jüngere interessiert. Aus den Gesprächsprotokollen hier nun Ausschnitte zum *„Thema Arbeit und Lohn“*.

Die Geschlechter-Diskriminierung im Bereich Arbeit und Lohn zieht sich bis in die heutige Zeit. Dieses Jahr war der Equal Pay Day am 7. März, kommendes Jahr wird er auf dem 6. März liegen – nicht etwa, weil sich beim Gender Pay Gap etwas bessert, sondern weil 2024 ein Schaltjahr ist.

Erst im Februar diesen Jahres entschied das Bundesarbeitsgericht, Arbeitgeber:innen können ein höheres Gehalt für einen männlichen Arbeitnehmer nicht allein damit begründen, dass dieser besser verhandelt habe. Der Equal Pay-Grundsatz darf nicht durch den Hinweis auf Verhandlungsgeschick ausgehebelt werden. Alle vorigen Instanzen waren der Klägerin nicht gefolgt, sondern hatten ihre Klage abgewiesen. Das BAG sprach ihr nun auch Entschädigung und Lohnnachzahlung zu.

Die Geschlechter-Ungleichheit in diesem Bereich war im 19. Jahrhundert auf einem Höhepunkt, als Frauen ausschließlich mit der Erlaubnis ihrer Männer sowie zu absoluten Hungerlöhnen etwas dazu verdienen mussten, um ihre Familie ernähren zu können. Sie waren somit zusätzlich einer enormen Doppelbelastung von Haushalt und Arbeit ausgesetzt.

Zu den damaligen Verhältnissen erfahren wir von den Frauen folgendes:

Helga: *„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ war auch in den 80er Jahren ein großes Thema. Ich habe extra noch mal nachgeguckt: Es war 1977, dass wir Frauen zur Arbeit gehen durften, ohne unsere Ehemänner um Erlaubnis zu bitten.“*

Ulrike: *„1951 ist überhaupt erst erlaubt worden, dass Lehrerinnen heiraten dürfen.“*

Christina: *„Die durften sogar den Vertrag kündigen, ohne das mit der Frau abzusprechen. Die durften zu Ihrem Chef gehen und sagen, meine Frau muss jetzt gehen, weil sie ihre Haushaltspflichten verletzt.“*

Christina erzählt einen Teil ihrer Geschichte: *„Und dann bin ich zum Gymnasium gegangen, hab Abitur gemacht, Ausbildung zur Zahntechnikerin gemacht und in der Ausbildung hab ich ein Kind gekriegt. Und das war jetzt ganz blöd. Das war 1981 und nach der Ausbildung bin ich als einzige von fünf Auszubildenden entlassen worden: Weil ich ein Kind hatte und weil man dann natürlich unterstellen konnte, da geht bestimmt noch eins oder was weiß ich. Und ich habe auch nie eine Anstellung gefunden als Zahntechnikerin. Ich war mehrfach zum Probearbeiten eingeladen und als dann irgendwie rauskam, dass ich ein Kind habe, dann… Ob das jetzt der Hauptgrund war, weiß ich natürlich nicht, aber ich hab das hinterher so interpretiert.“*

Conny verdeutlicht nochmal klar, wie die damaligen Verhältnisse waren: *„Die Zustände, gerade wenn ihr das so erzählt, das ist vielleicht für die Jüngeren nicht so klar, also es war schon so: Ich muss nichts lernen. Ich muss heiraten, kochen und Kinder kriegen und mich hübsch machen für einen Mann. Da ich das nie gemacht habe, das war immer ein großes Problem. Natürlich brauch ich auch eigentlich nicht zur Schule zu gehen, denn ich heirate ja und Hauptschule würde auf jeden Fall reichen. Trotzdem haben die Lehrer dann gesagt: ‚Nee, geben sie sie bitte auf die Realschule.‘ Ist aber auch Blödsinn, weil man braucht das ja nicht, ich heirate ja – sagen meine Eltern. Ich hab mich danach dann selbstständig auf dem Gymnasium angemeldet. Meine Eltern haben damals wie heute gedacht, ich bewerbe mich irgendwo oder geh ins Büro. Das wollte ich auf keinen Fall.“*

Anm. der Red.: Wir hoffen auf Fortsetzungen in den nächsten Heften. – Das Foto unten ist bei einem Warnstreik 1981 im „Frauen“-Betrieb Telefunken entstanden.

Die Dienstleistungsgewerkschaft verdi hat unter dem Titel „Für Solidarität und gute Arbeit“ eine Broschüre erarbeitet, die eine Handlungshilfe für Betroffene wie auch für Zeug:innen in Fällen rassistischer Gewalt und Diskriminierung in Betrieben darstellt. Neben Strategien gegen rassistische Diskriminierung am Arbeitsplatz werden u.a. auch Regeln aufgeführt, die zu befolgen sinnvoll sein können, um von Rassismus betroffenen Kolleg:innen solidarisch zur Seite zu stehen. Weiterhin werden die wichtigsten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten für Betriebsräte dargestellt.

https://arbeitsmarktbedingte/handlungshilfe-von-verdi-bei-rassistischen-vorfaellen-in-betrieben/

Vernetzungsstelle gegen Rechtsextremismus

Schon lange bemüht sich die Gemeinde Eschede zusammen mit dem Bündnis gegen Rechtsextremismus um die Einrichtung einer Beratungs- und Vernetzungsstelle in der Region. Jetzt ist die Stelle da – als Träger wurde die gewerkschaftliche Bildungseinrichtung Arbeit und Leben Niedersachsen gewonnen, die dabei von der Gemeinde und dem Innenministerium unterstützt wird.

Direkter Ansprechpartner der Beratungsstelle in Eschede wird Michael Höntsch sein: Der Pädagoge war zuletzt im Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung tätig und engagiert sich seit Jahrzehnten gegen Rechtsextremismus. Die Beratungsstelle wird dabei nicht an einem festen Ort, sondern mobil unterwegs sein und aufsuchende Arbeit leisten, vor allem sollen Veranstaltungsangebote organisiert werden, die die Solidarität und Weltoffenheit vor Ort in Eschede fördern. *„In der nächsten Zeit wollen wir vor allem vor Ort zuhören: Was wird gebraucht, was muss passieren? Aus diesen Erkenntnissen werden wir dann passgenau Angebote für die Gemeinde entwickeln“*, so Höntsch, der unter 0511 12105-70 und michael.hoentsch(at)aul-nds.de erreichbar ist.

Kolonialismus Nicht alles war schlecht

Eine „interessante“ Perspektive auf die deutsche Kolonialgeschichte offenbarte der Celler Landtagsabgeordnete Jens-Christoph Brockmann (AfD) in der Vorbemerkung zu einer Kleinen Anfrage an das Ministerium für Wissenschaft und Kultur; Überschrift: *„Koloniales Kulturerbe sichten und sichern“*. Sein Problem: *„Im Rahmen der „Postcolonial Studies“ wird seit dem 20. Jahrhundert der heutige Referenzrahmen mit Begriffen von Demokratie, Pazifizierung, Menschenrechten und Kulturgutschutz auf Zeiten und Orte angewandt, in denen dieser Referenzrahmen keine verbindliche Handlungsorientierung war, und zwar weder im Binnenverhältnis europäischer Staaten noch in den damaligen Gesellschafts- und Herrschaftssystemen außereuropäischer Völker.“* Dabei sollten die Kolonisierten „uns“ doch eigentlich dankbar sein: *„Die Kolonialgeschichte beinhaltet auch, dass ein erheblicher Kulturtransfer aus Europa in Richtung der Kolonien stattfand, insbesondere in den Bereichen Bildung, Medizin, Industrie, Infrastruktur, Agrarwirtschaft, Urbanisierung und sozialer Emanzipation. Dieses europäische Kulturerbe ist in den früheren Kolonien verblieben und ermöglicht seither die Partizipation der Länder an der Weltgesellschaft. Diese Perspektive findet in der derzeitigen Diskussion kaum Beachtung.“*

Demo gegen Sonnwendfeier

Sonnabend, 24. Juni 2023, ab 14.00 Uhr

Treffpunkt: Bahnhof Eschede

Gemeinsam laden Land in Sicht – Transition (LIST), attac und AK Internationalismus am Dienstag, 20. Juni (Tag des Flüchtlings) um 19.30 Uhr zur Filmvorstellung der Doku SARA MARDINI ins Kino 8 ½ ein. Der Eintritt ist frei.

Sara Mardini, eine junge syrische Profischwimmerin, hilft - zusammen mit ihrer Schwester Yusra - auf ihrer Flucht über das Mittelmeer bei der Rettung von 18 Menschen und wird zur gefeierten Heldin, doch ihre humanitäre Arbeit bringt sie in das Fadenkreuz politischer Agenden und führt schließlich zu ihrer Verhaftung. Während ihre Schwester bei den Olympischen Spielen schwimmt, wartet Sara auf ihren Prozess - ihr drohen mehr als 20 Jahre Haft.

Allein seit Anfang 2023 sind 383 Menschen im Mittelmeer ertrunken, weil ihnen eine Rettung durch die Küstenwachen der europäischen Länder verwehrt bzw. verhindert wurde. Die Ertrinkenden sind Menschen verschiedenen Alters und mit unterschiedlichen Hintergründen, die aus den eigenen Herkunftsländern vertrieben werden bzw. vor Gewalt und Verfolgung fliehen. Die Verschärfungen und Pushbacks an den Grenzen der Festung Europa treten das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie die menschliche Verantwortung zur Hilfeleistung in Notsituationen mit Füßen.

NGOs und Rettungsschiffe, die dieser Politik zum Trotz, ihrer menschliche Verantwortung nachkommen und Menschenleben im Mittelmeer retten wollen, werden kriminalisiert und durch lange Gerichtsverfahren (re-)traumatisiert.

Der Film "Sara Mardini- Gegen den Strom" stellt genau diese Gegensätze unserer Welt dar. Auf der einen Seite kämpfen Sara Mardini und ihre Mitstreiter:innen

für die grundlegenden Rechte der Menschen, auf der Anderen werden sie durch die europäische Politik kriminalisiert. Trotzdem ist der Kampf für die Rechte der Menschen und für die Menschlichkeit die treibende Kraft und die Berufung, die die Rettungsteams immer wieder neu motiviert.

PLACES OF ISOLATION

Die Seebrücke hat Mitte April im Rahmen einer bundesweit koordinierten Aktion "Places of Isolation" Kunstinstallationen im öffentlichen Raum in über 15 Städten aufgestellt. Mit orangenen Wegweisern werden Orte der europäischen Abschottung markiert und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen im Alltag sichtbar gemacht. In Celle beteiligte sich die Gruppe „Land in Sicht – Transition“ (LIST) an der Aktion und hat einen Wegweiser vor dem Bunten Haus (auf dem Gelände der CD Kaserne) aufgestellt. Mittels eines QR-Codes am Wegweiser können Interessierte weitere Informationen zu den Orten der europäischen Abschottungspolitik erfahren.

Neben Celle wurden auch in folgenden Städte Wegweiser aufgestellt: Köln, Darmstadt, Mainz, Frankfurt a. Main, Stuttgart , Fürth, Kreis Böblingen, Neumünster, Mannheim, Erfurt, Kiel, Kassel, Heidelberg.

Norddeutsches Friedensbündnis ruft auf zur Demo in die Herzkammer des deutschen Militarismus !

Samstag 13. Mai 2023 nach Munster

Los geht's um 13 Uhr am Bhf. Munster

Deutschland rüstet auf! Und das nicht zu knapp – 100 Mrd. € Sonderschulden sind erstmal dafür vorgesehen. Deutschland mischt sich wieder militärisch ein! Große militärische Einrichtungen liegen versteckt in Wäldern fern der großen Städte.

Munster ist reine Militärstadt, die ständig internationalen Besuch von hohen Militärs und Regierungsleuten hat. Munster ist Deutschlands größter Bundeswehr-Heeresstandort und hat gleich eine ganze Reihe von Kasernen, hat die Panzertruppenschule, wo auch ukrainische Soldaten am „Leopard" und anderem mörderischen Gerät ausgebildet werden. Was das „Wehrwissenschaftliche Institut" für ABC-Schutz hier macht, ist nicht alles bekannt. Touristischer Magnet sind das Panzermuseum und ein Denkmal für die oft besungene „Lili Marleen". Dazu Militärkirchengemeinden, entsprechende Kneipen, Militaria-Läden und Feldjäger - es fehlt an nichts!

Munster liegt mitten in der am stärksten militarisierten Region Deutschlands, zwischen Hamburg / Bremen / Hannover. Nicht weit entfernt in Unterlüß baut „Rheinmetall" nicht nur die neuesten Panzerwaffen. Die Fliegerhorste in Faßberg und Celle-Wietzenbruch sind in der Nähe. Munster hat 2 Truppenübungsplätze - Nord und Süd. Nur wenig entfernt liegt Europas größter Kriegs-Übungsplatz zwischen Bergen (Bergen-Belsen!) und Bad Fallingbostel. Rund um diesen TrÜPlatz ist militärische Verbrechensgeschichte u.a. durch drei Friedhöfe mit fast 60.000 ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen sichtbar. Mehrere Rüstungsbetriebe der Umgebung haben tote Zwangsarbeitende verscharrt.

ver.di-Bundeskongress und DGB-Konferenz Nds.-HB-Sa.-Anhalt fordern für den riesigen TrÜbPlatz Bergen/Bad Fallingbostel eine neue sozial-ökologische nicht-militärische Wirtschaftsstruktur und die Initiative Biosphärengebiet entwickelt ein Konzept mit vielen zivilen Arbeitsplätzen. Stattdessen sollen jetzt im Rahmen der Bundeswehr-Aufstockung 2 neue Panzerbataillone in Oerbke / Bad Fallingbostel stationiert werden! Walsrode nebenan hat ein Munitionsdepot und darf sich jetzt auf die Ansiedlung der bundeseigenen Firma "BW Bekleidungsmanagement GmbH" freuen.

Krieg beginnt immer noch hier.

Demonstrieren wir hier gegen Aufrüstung und für Frieden!

Termine
Solidarische Initiative Neuenhäusen

Donnerstag, 4. Mai, 16.30 Uhr:
Spatenstich Stadtteilgarten (Goldgarten Fundumstr. 1)

Freitag, 5. Mai, 19 Uhr:
Kultureller Abend (in der VHS, Raum D)

Sonntag, 14. Mai, 15 Uhr:
Picknick für Frauen, divers Personen und Kinder
(Triftpark / am Spielplatz)

Sonntag, 11. Juni, 15 Uhr:
Picknick für Frauen, divers Personen und Kinder
(Triftpark / am Spielplatz)

critical mass

jeden letzten Freitag im Monat,
18 Uhr an der Fahrradpumpe,
„Am Markt"

Kino 8 ½ im Mai

Do., 04. Mai, 19.30

Die Eiche – Mein Zuhause

Der Dokumentarfilm spielt an einer circa 210 Jahre alten und 17 Meter hohen Stieleiche, die im Wald von Sologne steht. Er begleitet den Baum und seine tierischen Bewohner während eines Kalenderjahres. Die Ereignisse werden nicht kommentiert, sondern zum Teil mit Musik unterlegt.

Frankreich 2021 | 80 Minuten

Fr., 06. & Sa., 07. Mai, jeweils 20.30
und Mi., 10. Mai, 19.30

Tagebuch einer Pariser Affäre

Eine alleinerziehende Mutter und ein verheirateter Familienvater lassen sich auf eine Affäre ein, die keine Verpflichtungen beinhalten soll. Über mehrere Monate versuchen sie, ihrer Liaison zwischen Offenheit und Versteckspiel immer neue Impulse zu verschaffen. Auf Dauer aber lässt sich ihre hermetische Zweisamkeit nicht aufrechterhalten. Geschmeidige romantische Komödie mit geistreichen Dialogen und einem exzellenten Darstellerduo, das über viele kurze Sequenzen hinweg die Paardynamik abwechslungsreich und spannend hält.

Frankreich 2022 | 101 Minuten

Do., 11. Mai, 19.30

Loriots große Trickfilmrevue

Auf der Rennbahn und andere Schätze: 31 Trickfilme, die Loriot ursprünglich für das Fernsehen geschaffen hat, kommen nun restauriert und zur Kompilation zusammengestellt ins Kino.

Deutschland 2023 | 75 Minuten

Fr., 12. & Sa., 13. Mai, jeweils 20.30
und Mi., 17. Mai, 19.30

Der vermessene Mensch

Ein deutscher Ethnologe wird 1896 in Berlin mit einer Herero-Frau konfrontiert, die den Vorstellungen einer evolutionistischen Rassentheorie widerspricht. Als es wenig später in der Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ zum Krieg kommt, lässt er sich im Dienst des Völkerkundemuseums in den Genozid an Herero und Nama verwickeln. Das historische Drama verfolgt das Schicksal des Protagonisten, dessen Idealismus nicht nur keine Gräuel verhindert, sondern bis 1920 vollständig korrumpiert wird.

Deutschland 2022 | 116 Minuten

Mo., 15. Mai, 19.30

Mutter

Acht Berichte von Frauen zwischen 30 und 75 Jahren, die alle um ihre Erfahrungen mit der Mutterschaft kreisen, sind die Grundlage eines konzeptkünstlerischen Dokumentarfilms. Die Schauspielerin Anke Engelke bewegt zu den Texten in wechselnden Kostümierungen und an unterschiedlichen Orten die Lippen, sodass zwischen Text und Situation immer wieder eine Reibung aus der Gleichzeitigkeit von Kongruenz und Kontrast entsteht. Durch die inhärente Theater-Metapher vermittelt der Film zudem plastisch, dass das Thema Mutterschaft wie kaum ein anderes im Rampenlicht gesellschaftlicher Diskurse steht und zugleich im Verborgenen stattfindet

Deutschland 2022 | 88 Minuten

Fr., 19. & Sa., 20. Mai, jeweils 20.30
und Mi., 24. Mai, 19.30

Im Taxi mit Madeleine

Eine alte Dame erzählt von ihrem Schicksal und verleiht ihrem gestressten Taxifahrer neue Zuversicht: Die vierte Zusammenarbeit von Dany Boon mit Line Renaud entpuppt sich unerwartet meditatives Feelgood-Drama über die Erinnerung und das, was im Leben zählt. Aus seinem gemeinsamen Film mit dem großen französischen Altstar Line Renaud macht Dany Boon eine Hommage nicht nur an die 94-Jährige persönlich, sondern an ihre ganze Generation.

Frankreich 2022 | 101 Minuten

Fr., 26. & Sa., 27. Mai, jeweils 20.30
und Mi., 31. Mai, 19.30

Roter Himmel

Ein junger Schriftsteller, der an einem neuen Roman arbeitet, reist im Hitzesommer 2022 mit einem Freund in ein Ferienhaus an der Ostsee. Dort treffen sie auf eine Frau und einen Mann, die in dem Haus ebenfalls zu Gast sind. Während der Freund sich schnell mit den beiden anfreundet, ist der Schriftsteller irritiert, was auch nicht besser wird, als sein Verleger zu dem Quartett hinzustößt. Überdies wird ein Waldbrand zunehmend zur Bedrohung. Der zunächst heiter getönte, beim Umschlagen ins Dramatische aber zunehmend distanzierte Film arbeitet fein die Spannungen zwischen den Figuren heraus und kreist vielschichtig-lakonisch um die Flüchtigkeit des Lebens und seiner Glücksmöglichkeiten.

Deutschland 2023 | 102 Minuten

Di., 20. Juni, 19.30

Sara Mardini

Siehe Seite 33

Mehr unter

www.kino-achteinhalb.de

Konzerte in und um Celle

Fr., 05. Mai, 20.30

Element 562

Mühlengrund Wienhausen, 15,00

So., 07. Mai, 20.00

Eamon McGrath & The Hills Mover

Morlock – Hut geht rum

Di., 09. Mai, 18.00

Die Schnulzenreiter

Kaffeegarten Sülze

Fr., 12. Mai, 20.00

Afrika-Abend mit Christian Bakotessa

Kunst & Kühne, 19,00

Sa., 13. Mai, 15.00

Jugend Jazz Tag

Trift 26, Kreistagssaal, Eintritt: frei

Sa., 13. März, 20.00

Jam Session CRI

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

So., 14. Mai, 11.00

Black Point Jazzmen

Stadtpalais, Langensalzaplatz 1, 15,00

Di., 16. Mai, 18.00

Lars Begerow

Kaffeegarten Sülze

Mi., 17. Mai, 20.30

Star in Bars

Morlock – Hut geht rum

Sa., 20. Mai, 13.00

Odd-Men Out

Brandplatz, Eintritt frei

Sa., 20. Mai, 20.00

Paul O'Brien - Singer Songwriter

CD-Kaserne, ab 19,70

Di., 23. Mai, 18.00

Dieter „Bonzero" Bornschlegel

Kaffeegarten Sülze

Di., 23. Mai, 20.00

Mama's Cooking

Anderer's Taverna in Hermannsburg, AK 18,00

Fr., 26. Mai, 20.00

Open Stage

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 27. Mai, 18.00

MademoiCelle

Kaffeegarten Sülze, Eintritt frei

So., 28. Mai, 20.00

Kensington Road

CD-Kaserne,ab 17,00

Sa., 03. Juni, 19.00

Mama`s Cooking

CD-Kaserne, ab 14,00

So., 04. Juni, 18.00

Valerya Shishkova & Di Vanderer

Synagoge, ????

Di., 06. Juni, 18.00

Juan Schmid

Kaffeegarten Sülze

Fr., 09. Juni, 19.00

Neue Jazz Initiative Celle „Session" mit Dima Mondello

Kunst & Bühne, Hutkasse

Fr., 09. Juni, 20.00

MY´TALLICA

CD-Kaserne, ab 26,00 €

Di., 13. Juni, 18.00

Learning to Fly

Kaffeegarten Sülze

Sa., 09. Juni, 20.00

Jam Session CRI

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Fr., 16. Juni, 19.00

Zarte Klänge - mit Aftershow in der Cri

CD-Kaserne Open-Air Bühne

Sa., 17. Juni, 20.00

B. B. and the Blues Shacks „Blues im Bad"

Freibad Westercelle , 22,00

Sa., 17. & So., 18. Juni, 20.00

Pour L´Amour - Sabine Roth & Kai Thomsen und Gäste

CDK Open-Air Bühne, ab 26,00

Mi., 21. Juni, 20.00

The Latvian Blues Band

CD-Kaserne

Fr., 23. Juni, 20.00

Open Stage

CRI / CDK-Gelände, Eintritt frei

Sa., 24. Juni, 20.00

Uli-Wißmann-Trio

Südheidehof Scharnhorst,Eintritt: frei

Sa., 24. Juni, 20.00

Batila & The Dreambus

CD-Kaserne, ab 20,00

So., 25. Juni, 11.00 – 18.00

Afrika Kulturfest 2023

CDK Open-Air Bühne, Eintritt frei

Di., 27. Juni, 18.00

J. A. M.

Kaffeegarten Sülze

Fr., 30. Juni, 18.30

Mutz & The Blackeyed Banditz plus special guest

Stadtpalais, 18,00 / 22,00

Fr., 30. Juni, 20.00

Freedom! The Party

CD-Kaserne, ab 8,00

Sa., 01. Juli, 19.30

The Keltics

Stadtpalais, AK 25,00

####

Redaktionsschluss für die #115 ist

Mittwoch, der 14. Juni